Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 94. Mittwoch, den 23. April 1919. 26. Jahrg.

Der Weg nach Golgatha.

Unter dem Titel „Nach Eden oder nach Golgatha" ist kürzlich im Firn-Verlag Berlin eine Schrift des Genossen Arno Francke erschienen. Wenn wir auch inbezug auf die Ansicht des Verfassers über die hohen Löhne der Meinung sind, daß sie eine unausbleibliche Folge der rapiden, ins Ungemessene steigenden Erhöhung der Preise für alle zum Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände sind, so stimmen wir doch der Tendenz der Schrift zu. Wir veröffentlichen heute aus derselben folgendes nachdenkliche Kapitel:

Die Sorge um die Sicherung der Revolution und ihre Errungenschaften hat einen Kern von Wahrheit. Nur nicht in dem Sinne, daß diese Gefahr von der „Reaktion" und von den „Monarchisten" droht, sondern in der Hinsicht, daß der **wirtschaftliche Unterbau** und damit der ganze **Staat**, der der Willensvollstrecker der Revolution werden muß, **zusammenzubrechen** droht.

Diese Gefahr liegt vor. Und diese Gefahr kann nur dadurch gebannt werden, daß der Arbeiter sich den Forderungen, die heute die Republik an ihn stellt und stellen muß, zugänglich zeigt. Selbstverständlich soll die junge Republik den Arbeiter in sozialer Beziehung nicht so schlecht stellen wie der alte Staat ihn stellte. Aber: **eine Revolution ist keine Lohnbewegung.**

Es kann heute nicht mehr verschwiegen werden, daß die **Lohnforderungen**, die die Arbeiter in den letzten Monaten erhoben haben, und daß vielleicht noch mehr die Art der Versuche, diese Forderungen durchzudrücken, die **Gefahr des Bankerotts** in sich schließt. Was für Deutschland aber der wirtschaftliche Zusammenbruch bedeutet, das braucht hier nicht ausführlich erörtert zu werden. Behält Deutschland nicht seine wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, so ist es nicht in der Lage, den ehemaligen Kriegsgegnern die Friedensbedingungen zu erfüllen. Es bekommt also den Frieden nicht. Was würde die Folge sein? Der Verlust der politischen Selbständigkeit Deutschlands. Damit wäre es aber auch mit dem sozialen Staate Matthäi am letzten. Würden sich dann die ausschweifenden Forderungen mancher Arbeitskategorien erfüllen? Im Leben nicht! Ihr Lebensniveau würde vielmehr bald auf einen recht niedrigen Stand heruntergedrückt werden. Der Arbeiter, der vordem mit beiden Händen in den Schoß der Zukunft langen und sich daraus exorbitante Löhne und den sozialen Staat im gleichen Moment hervorholen wollte, stände plötzlich **mit zwei leeren Händen da.** Die hohen Löhne und das Bürgerrecht zu dem sozialen Staate wäre ihm mit einem Schlage genommen.

Eins ist vor allem von der Arbeiterschaft heute zu berücksichtigen: Die Stellung des Arbeiters ist in der Sozialrepublik eine ganz andere geworden, als sie in dem überwundenen Klassen-Staate war. An dem Bestande des alten Staates hatte der Arbeiter nicht das Interesse, das ihn mit der neuen deutschen Republik verbindet. Und doch hat er für den alten Staat schwere Opfer gebracht. Die Republik verlangt diese Opfer nicht. Sie verlangt nur, daß der Arbeiter **dem Wirtschaftsprozesse seine Arbeitskraft nicht versage,** und daß er die Neugestaltung nicht in Frage stelle durch Lohnforderungen, deren Erfüllung nur um den Preis des Zusammenbruches unserer Wirtschaft und damit des Staates erreicht werden kann.

Die deutsche Republik stellt bereits in ihrer heutigen Form ein Staatswesen dar, wie es dem deutschen Arbeiter lange Zeit als **Ideal** vorgeschwebt hat. Der deutsche Arbeiter hat heute seine Vertrauensmänner nicht nur in der Regierung, wie er es so oft forderte, er hat heute die Männer seines Vertrauens an der Regierung. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind in kurzer Zeit Taten geschehen, von denen der anspruchsvollste Sozialpolitiker sagen muß, daß sie der deutschen Republik den Ehren-Namen des **Sozialstaates** einbringen müssen.

Nun ein ernstes Wort.

Bricht dieses Gemeinwesen zusammen, dann entsteht aus seinen Trümmern nicht etwa ein ähnlicher oder — wie die spartakistischen Traumulusse der Arbeiterschaft einreden möchten — ein besserer Staat. Nein! Die aus diesem Bankerott des sozialen Staates erwachsende Folge wäre für die Arbeiterschaft der ganzen Welt von ungeheurem Schaden. Der Zusammenbruch dieses ersten sozialen Staates der Erde würde der ganzen Welt die Anschauung suggerieren: **Der Sozialstaat ist nicht möglich.** Seht nach Deutschland! würde es in allen Winkeln Europas und jenseits der Ozeane heißen, dort hat der Staat der Arbeiter-Politik mit dem Zusammenbruch geendet! Der Sozialstaat ist eine Utopie! würden die Propheten des Kapitalismus in allen Ländern allen sozialen Heiden verkünden.

Aus den Trümmern des ruinierten Sozialstaates würde **der alte kapitalistische Staat** erstehen mit dem Unternehmer als Herren im Hause!

Es verdient in diesem Zusammenhange auf eine ganz eigenartige Erscheinung bei den letzten Lohnkämpfen hingewiesen zu werden: die ausschweifendsten Forderungen werden von Arbeiterkategorien gestellt, die rabiatesten Maßnahmen zu ihrer Erzwingung werden von Berufszweigen ergriffen, die früher **kaum zu organisieren waren** und deren Bedürfnislosigkeit unter den alten Verhältnissen sprichwörtlich geworden war. Wenn diese Leute dem neuen sozialen Staate gleich ihre ungeheuerlichen Rechnungen präsentieren zu können glauben, so entspricht dies dem gleichen Mangel an Solidaritätsgefühl und an Gemeinsinn, der sie früher von der Arbeiterbewegung abseits stehen hieß. So wenig diese Kategorien unter den alten Verhältnissen davon wissen wollten, in zäher Organisationsarbeit an der Emporentwicklung ihrer Klasse mitzuhelfen, so wenig Gefühl zeigen sie heute für die Notwendigkeit, den neuen Volksstaat schützen und stützen zu helfen.

Die Frage der Revolution, die Frage des Zukunftsstaates des deutschen werktätigen Volkes ist ihnen die Frage des — Lohnbetrages in den nächsten Wochen.

Glauben die deutschen organisierten Arbeiter, die Kerntruppen der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, daß sie sich bei dem Kampfe um die Erhaltung des Sozialstaates auf diese Leute verlassen können? Sind diese Kerntruppen der deutschen Arbeiterschaft nicht viel mehr davon überzeugt, daß es augenblicklich viel weniger auf die Lohnhöhe ankommt, als auf die Erhaltung der wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialstaates, auf die Wiederherstellung seiner Kreditfähigkeit, die Aufwirtschaftung seines Geldwertes?

Den wilden Lohnforderungen der Arbeiter stehen gegenüber die Forderungen der Republik und der Revolution. Diese Forderungen bestehen nicht darin, daß der Arbeiter sich heute von Demagogen demonstrierenderweise in den Straßen unserer Großstädte spazieren führen läßt, daß er Sozialisierungs-Experimente unternimmt und Zeitungsbetriebe besetzt, sondern sie bestehen darin, daß er arbeitet, und daß er dahin geht, wo die Arbeit seiner wartet.

Soll sich der deutsche Sozialstaat in der ihm jetzt aufgezwungenen wirtschaftlichen Isolierung halten, soll er sich aus dem wirtschaftlichen Tiefstande emporarbeiten, so muß der deutsche Arbeiter seine Arbeitskraft mobil machen, und zwar zu Bedingungen, die eine wirtschaftliche Wiedergesundung überhaupt möglich machen. Der Urheber dieser Schrift ist über den Verdacht erhaben, daß er jemals dem Arbeiter Bedürfnislosigkeit predige. Würde er es tun, so würde er sein Wirken während eines halben Menschenalters im Dienste der Arbeiterbewegung desavouiren. Aber gerade um die Ergebnisse der Arbeiterbewegung des letzten halben Jahrhunderts nicht in Frage stellen zu lassen, muß der deutschen Arbeiterschaft zugerufen werden, daß Stundenlöhne von 2—3 Mark, daß Wochenlöhne von 200—300 Mk. heute ein Hohn auf unsere wirtschaftliche Lage sind, **daß diese Löhne dem Arbeiter nichts nützen, weil sie automatisch sofort eine entsprechende Erhöhung der Preise aller Erzeugnisse und damit eine entsprechende Erhöhung der Kosten jeder Lebenshaltung hervorrufen,** daß diese Löhne aber ferner die Wirkung haben, allen Unternehmungsgeist zu ertöten, und jede **Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte zunichte zu machen.**

Die Frage des Wiedereintrittes ihres Wettbewerbes auf dem Weltmarkte ist aber die Frage für den Fortbestand der sozialen Republik. Wir wollen vom Auslande Rohstoffe und Lebensmittel beziehen. Bei dem augenblicklichen Stande unserer Valuta können wir das nur, wenn wir im Auslande Kredit genießen. Unsere Kreditfähigkeit ist die Frage nach dem Bestande des sozialen Staates. Ohne Kredit keine Rohstoffe, keine Lebensmittel. Wenn die Phantasielöhne, wenn die herrschende Untätigkeit unser Geld weiter entwerten, können wir auf dem Weltmarkte niemals zahlungsfähig, können wir im Auslande nicht wieder kreditwürdig werden. Sind wir das nicht, verkauft uns im Auslande kein Mensch etwas, kommen wir auch nicht in die Lage, unsere Produkte im Auslande anzubringen. Träte dieser Zustand ein, wären wir mit unserer Wirtschaft auf einen Schlag fertig. Ist unsere Wirtschaft tot, dann ist auch der Sozialstaat gewesen.

Unsere Kriegsgegner werden sich um jeden Preis bezahlt machen wollen. Rangieren wir uns nicht selbst, so werden sie die wirtschaftlich wichtigsten Gebiete besetzen, um sie auf eigene Rechnung auszubeuten. In Gebieten, die nicht besetzt werden, wird die grauenhafteste Armut, wird das furchtbarste Elend eintreten. Und wer glaubt ihr wohl, wer dann in den besetzten Gebieten für die Entente arbeiten wird? Selbstverständlich der deutsche Arbeiter. Und wer da glaubt, daß der deutsche Arbeiter die Wochenlöhne erhalten wird, die er jetzt in der sozialen Republik durchzudrücken trachtet, der würde grausam enttäuscht werden. Seht auf die besetzten Gebiete, deutsche Arbeiter! Dort haben die Entente-Gewalthaber

den Acht-Stunden-Tag beseitigt, (Der Acht-Stunden-Tag ist inzwischen von der französischen Kammer angenommen worden. Red.)

die Löhne bedeutend heruntergesetzt,
die gewerkschaftliche Betätigung eingeschränkt,
Arbeiterführer ausgewiesen,
die Einfuhr von Gewerkschaftsblättern verboten.

Genügt euch das, deutsche Arbeiter? Erscheint es euch angesichts dieser Zeugnisse verlockend, die wirtschaftliche und damit die politische Selbständigkeit eures Vaterlandes in Frage zu stellen?

Ueber die Lage in Bayern

ist die Presse voll von Nachrichten, die sich meistens um dick aufgetragene „Privat"meldungen oder um miliärische „Stimmungsbilder" drehen, auf deren Wiedergabe wir verzichten. Nur soviel scheint sicher, daß es leider zu einem fürchterlichen Zusammenstoß in München kommen wird. Drei Unabhängige aus Nürnberg, die in Bamberg mit der Regierung Hoffmann wegen eines Ausgleichs mit der Münchener Räteregierung verhandeln wollten, sind resultatlos wieder abgereist. Die Roten Gardisten in München sollen jetzt 25 000 Mann stark sein. Ueber die gesamte bayrische Presse wurde die Militärzensur verhängt. Ueber die Lage in München schreibt der „Freistaat", das Organ der Regierung Hoffmann: „Hungersnot, Schrecken, Plünderung, Raub, Diebstahl und Mord sind das Ergebnis der Bolschewistenherrschaft weniger Tage in München. Greise, Kranke und Kinder sterben dahin, denn die Bauernschaft weigert sich, in das Narrenhaus München Lebensmittel zu liefern, zumal das, was bisher nach München kam, von den roten Gardisten gewaltsam beschlagnahmt wurde. Die Verpflegung der kommunistischen Partei kommt vor der Versorgung von Kranken, Kindern und Säuglingen. Die geringen Vorräte an Kindermilch werden von den Kommunisten verzehrt. Selbst vor Krankenhäusern machen sie nicht Halt. So gelingt es den Kommunisten immer wieder, ihren Hunger zu stillen während die Bürgerschaft der Stadt darbt." — Die Regierung will ihren Sitz nach Nürnberg verlegen.

In Augsburg wurde in einer Massenversammlung der Generalstreik für die Anwesenheitsdauer der Regierungstruppen verhängt. Ein Leutnant Oleschewsky, Führer der Spartakisten, wurde verhaftet.

Auch aus Württemberg werden Generalstreikabsichten gemeldet. In Stuttgart in der Süddeutschen Volksbuchdruckerei, wo das Blatt der Unabhängigen hergestellt wird, sind Maschinenteile von Polizisten entfernt, um den Druck von Flugblättern zu verhindern. Die Druckerei des Spartakisten- und des unabhängigen Blattes wurden militärisch besetzt, das Erscheinen der Blätter ist bis auf weiteres verboten.

Im Friedensausschuß der Nationalversammlung

hielt Erzberger einen Vortrag, in dem er das Festhalten der deutschen Politik an Wilsons 14 Punkten betonte, um eine neue Welt des Rechtes und der internationalen Solidarität aufbauen zu helfen. Deutschland habe sich gehütet, die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich zu verschärfen. Wichtige Nachrichten aus dem Auslande seien dem deutschen Volke nicht vorenthalten worden. Naive politische Konstrukteure wollten die europäischen Kontinentalmächte zu einem Bund gegen Angelsachsen zusammenschließen; daran sei nicht zu denken. Die Behauptung auf dem Rätekongreß, daß Clemenceau die Deutschland abgenommenen Transportmittel zur Lebensmittelversorgung Deutschlands verwenden wolle, ist lächerlich; denn Deutschland erhält die Lebensmittel über Rotterdam und die deutschen Häfen; unsere Lokomotiven aber fahren in Frankreich und Belgien. In zahlreichen Besprechungen, die wir in Berlin und Weimar mit fremden Vertretern zu führen hatten, ist nie bestritten worden, daß der Hauptkampf in Paris sich gegen die maßlosen Ansprüche der französischen Regierung richtet. Kein Kabinett in der Welt ist so kapitalistisch-chauvinistisch wie das Pariser. Nirgends ist der Einfluß der Sozialdemokraten auf die Regierung kleiner als in Frankreich. Die Abstimmung über Elsaß-Lothringens Schicksal sei nicht überflüssig.

Abgeordneter Haase (Berlin, U. S.) erklärt die auf dem Rätekongreß propagierte Kontinentalpolitik für undurchführbar und für überaus gefährlich, da sie eine Spitze gegen England und Amerika enthalte und dadurch den Grund zu einem neuen Kriege lege. Auch der Abgeordnete Müller (Breslau, Soz.) rückte von den Ausführungen Kaliskis und Cohens auf dem Rätekongreß bezüglich der Kontinentalpolitik ab.

Freiherr von Richthofen befürwortete ein neutrales Schiedsgericht über die Schuldfrage, worauf Erzberger erklärte, daß Deutschland nicht einseitig die Akten der Veröffentlichung übergeben könne. Mit Rußland sei Deutschland jederzeit bereit, einen Frieden abzuschließen. Nachdem sich Erzberger noch über die Lebensmitteleinfuhr ausgelassen, betonte er die Richtigkeit der Meldungen, daß gewaltige Geldsummen in Form von Tausend- und Hundertmarkscheinen über das besetzte Gebiet nach dem Auslande abströmen. Dagegen sind bereits Maßregeln getroffen worden. Es werden in die besetzten Gebiete nur noch Fünfzigmarkscheine gegeben, die im Auslande nicht angenommen werden. Die Behauptung, daß elsässisches Kali von den Franzosen in dem besetzten Gebiet zu teureren Preisen als bei uns verkauft wird, ist mir neu. Bekannt ist mir allerdings, daß die Franzosen ähnliche Manipulationen bei der Kohle gemacht haben. Sie zahlen für Kohle, die sie widerrechtlich

lich aus dem Saargebiet nehmen, 20 Francs für die Tonne — das zahlen sie übrigens uns nicht einmal, sondern schreiben es uns gut — und verkaufen diese Kohle nach der Schweiz und Italien zu 90 bis 120 Francs also um das Sechsfache. Hiergegen ist natürlich protestiert worden. Auf eine weitere Anfrage des Abgeordneten Haase erwiderte Erzberger, daß die deutsche Regierung im jetzigen Augenblicke ihrerseits wegen eines Waffenstillstandes nicht an Rußland herantreten könne. Wir sind jederzeit bereit, einen Waffenstillstand abzuschließen, aber mehr kann von Deutschland im gegenwärtigen Augenblicke nicht geschehen. Der Zeitpunkt jedoch, in welchem Deutschland mit Rußland in Verhandlungen über einen Waffenstillstand eintritt, kann jeden Tag gegeben sein.

Der belgische Sozialistenkongreß für die Internationale.

Nach einer Havas-Reuter-Meldung aus Brüssel nahm der belgische Sozialistenkongreß eine Tagesordnung an, in der es heißt, die belgische Arbeiterpartei spreche sich gegen Zollschranken beim Abschluß von Verträgen oder Konventionen aus und fordere die Regierung auf, sich auf der Friedenskonferenz in dieser Hinsicht kräftig einzusetzen. Weiter wurde ein Antrag zu Ehren des Gedächtnisses Karl Liebknechts, Kurt Eisners, Rosa Luxemburgs und Jaurès angenommen. Sodann entschied sich der Kongreß fast einstimmig für folgende Tagesordnung: Die belgische Arbeiterpartei hat niemals aufgehört, eine internationale Aktion des Proletariats als einen wesentlichen und notwendigen Bestandteil der sozialistischne Bewegung zu betrachten und bleibt Anhänger der zweiten Internationale. Sie erklärt, in Erörterungen über ihre Teilnahme am Kongreß von Luzern einzutreten, sobald sie weiß, wie, von wem und unter welchen Bedingungen diese Versammlung einzuberufen ist. Sie hält dafür, daß das neue von der Berner Konferenz geschaffene Vollzugsorgan am 25. April in Amsterdam zusammentreten soll und daß die belgische Arbeiterpartei sich auf dieser Konferenz vertreten lassen wird. Der Kongreß beauftragt seine Abordnung beim internationalen sozialistischen Bureau, sich mit den Einberufern der geplanten Versammlung ins Benehmen zu setzen und sich mit ihnen über eine möglichst schnelle Wiederkehr der ordnungsmäßigen Lage zu verständigen. Der Kongreß ist der Ansicht, daß kein Grund besteht, das Bureau nicht in Brüssel zu belassen, und daß das Vollzugsbureau wieder in seine Befugnisse eingesetzt werden soll.

Vandervelde führte aus, er habe als Präsident, aber nicht als Mitglied der Internationale, seine Entlassung gegeben. Es gebe nicht zwei Internationalen, die von Lenin schließe Sozialisten aus, und sie schließe sie mit Recht aus, denn Bolschewismus sei eine Verneinung des Sozialismus. In Luzern würde man sich mit den Abordnungen von 32 Völkern treffen. Sich an diese Internationale nicht anzuschließen, bedeute, nationaler Sozialist und Patriot und nichts weiter als Patriot zu bleiben. Er bleibe bei der Internationale. (Beifall.) Der Kongreß faßte einmütig den Beschluß, daß die internationalen Beziehungen wieder aufgenommen werden müßten, und lehnte mit starker Mehrheit eine Tagesordnung ab, welche besagt, daß der Kongreß sich über seine Teilnahme am Luzerner Kongreß nicht schlüssig machen könne, weil er nicht wisse, von wem und unter welchen Bedingungen diese Versammlung einberufen sei. Die Ablehnung dieses Antrages wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Unabhängige Imperialisten.

Die Unabhängigen sind empört über unsere auswärtige Politik. Weswegen sie empört sind, das verraten sie nicht, aber als Oppositionspartei hat man doch die Pflicht, entrüstet zu sein und alles schlecht zu finden, was die Regierung tut. Besonders massiv in ihren Angriffen ist die Berliner „Freiheit", die es sogar fertig bekommt, in der Berufung der deutschen Regierung auf die 14 Punkte Wilsons „einen neuen frechen Schwindel; eine neue Kampagne zur Entfachung der nationalistischen Eigenschaften Deutschlands" zu sehen. Weil die Regierung Scheidemann erklärt hat, an dem Wilson-Programm unbedingt festhalten zu wollen, deshalb sind Ebert und Scheidemann in den Augen der „Freiheit" Leute, die „dem Ausland gegenüber nationalistische Athleten mimen".

Der große Freiheitsphilosoph Fichte sagte einmal irgendwo: „Schelten und bitter schmälen, ohne zu sagen, wie man es besser machen soll, ist unfreundlich." In diesem Sinne ist die „Freiheit" allerdings unfreundlich bis dort hinaus, denn an keiner Stelle ihres Schmähartikels gibt sie auch nur die geringste Andeutung, was denn die Regierung eigentlich nach Ansicht der Unabhängigen in der jetzigen Situation tun soll. Das Wilsonprogramm ist aufgestellt von dem führenden Staatsmann eines Landes, das mit Deutschland im Kriege stand. Es ist daher gewiß, über jeden Verdacht erhaben, auch nur irgendwie zugunsten Deutschlands über das hinaus zu gehen, was unumgängiges Gebot der Gerechtigkeit und Vernunft ist. Wenn man also der deutschen Regierung ihr Festhalten an den vom Feinde aufgestellten Gerechtigkeitsgrundsätzen zum Vorwurf macht, so kann man logischerweise nichts anderes verlangen, als blinde Unterwerfung unter das Diktat des Siegers, mag dieses Diktat auch einem erzimperialistischen Gehirn wie dem Clemenceaus entstammen. Wer aber einem solchen Imperialismus Vorschub leistet, der ist selbst des Imperialismus schuldig, und es macht hier gar keinen Unterschied in der Beurteilung, ob jemand den einheimischen oder den gegnerischen Imperialismus unterstützt.

Die Spandauer Werkstätten.

Ueber die Zukunft der Staatswerkstätten in Spandau wird von zuständiger Stelle erklärt: Bereits gestern haben Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber und mit bewährten Betriebsorganisatoren stattgefunden, um die notwendigen Maßnahmen für die Neuorganisation der Spandauer Betriebe festzulegen. Diese Besprechungen werden noch fortgesetzt. Sobald ein Ergebnis vorliegt, werden die Spandauer Werkstätten zum mindesten wieder im Umfang der Friedenszeit eröffnet werden. Die gegenwärtige Kopfzahl der Arbeiterschaft beträgt 25 000 gegen 9000 Mann im Frieden.

Aus Braunschweig

wird den „P. B. N." gemeldet: In den Ostertagen war es vollkommen ruhig. Die Waffenabgabe schreitet wieder fort. In den nächsten Tagen wird auch die Entwaffnung des flachen Landes in Angriff genommen werden. Die Volksmarinedivision und Volkswehr sind aufgelöst. Die Nichtbraunschweiger werden aus Braunschweig abgeschoben.

Der Landtagsabgeordnete und frühere Volkskommissar Oerter wurde aus der Schutzhaft entlassen. Generalmajor Märker verordnete mit Wirkung vom 24. April ab für den Stadtbezirk Braunschweig weitere Milderung des Belagerungszustandes. Die seit 14 Tagen ausgesetzte Tätigkeit in den hiesigen industriellen Betrieben wurde wieder aufgenommen. Die Arbeiter sind vollzählig zur Wiederaufnahme der Arbeit angetreten. Generalstreik und Aussperrung wurden demnach heute beendet.

Oesterreich.

Ein Gesetzentwurf über Volkspflegeanstalten sieht die Enteignung aller Prunk- und Luxuswohnstätten, Paläste und Schlösser Privater zur Verwendung für Invaliden, Kranke, Genesende, Hilfsbedürftige und die Jugend vor.

Propagandageld. Der ungarische Kommunist Steiner wurde in Wien verhaftet. Bei ihm wurden 2½ Millionen Kronen Propagandageldes gefunden und beschlagnahmt. Der ungarische kommunistische Gesandte hat Wien verlassen.

Ungarn.

Einladung zum Kongreß der A.- und S.-Räte. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Bela Kun, veröffentlicht einen Aufruf an die revolutionäre Arbeiterschaft und Arbeiterpresse aller Länder, in welchem er sie einlädt, Vertreter zu dem am 4. Mai zusammentretenden Kongreß ungarländischer Arbeiter- und Soldatenräte zu entsenden.

Dreifrontenkrieg. Der Zentral-Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat hat zur Verteidigung der Errungenschaften der Proletarier-Diktatur den Verteidigungskrieg beschlossen und angeordnet, daß die Hälfte der Arbeiterschaft sämtlicher Betriebe gegen die tschechischen, rumänischen und südslawischen Truppen zu den Waffen greifen solle. Nach den Abendsitzungen mehrerer Parteiorganisationen und Gewerkschaften bewegten sich die Demonstrationszüge durch die Straßen von Budapest.

Italien.

Revolutionszeichen. Corriere della Sera meldet aus Mailand: Die Lage im oberitalienischen Industriegebiet bleibt ernst. Ueber Como ist der Belagerungszustand verhängt worden. Infolge Streiks aller Arbeiter ruht der Trambahnverkehr; alle Betriebe haben geschlossen. In Bergamo, Modena und Monza wurde der Generalstreik proklamiert. Die Arbeiterschaft faßte hier Beschlüsse auf Ausrufung einer revolutionären Regierung und einer Räterepublik.

England.

In der Konferenz der Grubenarbeiter trat auch der rechte Flügel für die Rückberufung der Truppen aus Rußland und die Aufhebung des Wehrpflichtgesetzes ein, nötigenfalls sei dieser Wunsch durch Streik zu erzwingen. Es wurde der Beschluß gefaßt, den Versuch zu erneuern, die Arbeiterpartei und den Parlamentsausschuß des Gewerkschaftskongresses zu bestimmen, eine nationale Arbeiterkonferenz einzuberufen, die über diese Frage beschließen soll.

Amerika.

Neue Darlehen. Das amerikanische Finanzamt hat einen neuen Kredit von 100 Millionen Dollar an Großbritannien, 5 Millionen Dollar an Rumänien und 268 000 Dollar an Serbien angewiesen. Die Gesamtsumme der von den Vereinigten Staaten den Alliierten vorgestreckten Anleihen beträgt nunmehr 9 Milliarden 238 Millionen 829 000 Dollar, wovon Großbritannien 4 Milliarden 230 Millionen erhalten hat.

Wirtschaftliches.

Besserung im Ruhrrevier.

Die Zahl der streikenden Bergleute im Ruhrbezirk ging bei der gestrigen Morgenschicht auf 82 000 oder weniger als 38 Prozent der Gesamtbelegschaft der Morgenschicht zurück gegen 100 330 oder statt 47 Prozent am Sonnabend. Auf siebzehn weiteren Zechen sind die Belegschaften wieder vollzählig eingefahren, sodaß jetzt auf insgesamt 81 Zechen, daß sind rund ein Drittel aller Ruhrzechen, wieder voll gearbeitet wird.

Oberschlesische Kohlen gegen Kartoffeln.

Die Reichskohlenkommission hat sich bereit erklärt, eine größere Menge oberschlesischer Kohlen zum Austausch gegen Lebensmittel aus den zurzeit von den Polen besetzten Gebieten freizugeben. Zunächst kommen 1000 Tonnen Kohlen in Frage, wofür sich die Lebensmittelzentrale in Posen verpflichtet hat, 300 Tonnen Kartoffeln zu liefern. Die Kartoffeln sind in erster Linie für die oberschlesischen Berg- und Hüttenarbeiter bestimmt. Mit weiteren Kartoffellieferungen ist zu rechnen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 23. April.

Vorstand und Ausschuß, sowie Bezirksführer. Sitzung am Donnerstag abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Eine große Volksversammlung im Gewerkschaftshaus findet am Freitag abend statt. Referenten sind die Genossen Stelling und Bromme. Genossen, agitiert für regen Besuch.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag abend 8 Uhr statt.

Mahnruf.

Es wütet Feuer und zehrende Flammen,
hoch leckt die Lohe himmelan!

Also steht geschrieben in der Edda, aber wie geprägt für unsere Zeit! Wild zischt die schwüle, heißende Flamme, geboren aus reinsten Sehnsüchten, aber auch aus Habsucht, Neid, Hunger, Elend und Verzweiflung im Osten, frißt im Süden von uns weit hinüber nach Westen, genährt durch den Götzen Machtgier, der das ungarische Volk knechtete, bis es verzweifelnd im Verbrennen, im brutalen Ausbrennen seine Rettung sucht, hoffend, daß aus der Asche der verbrannten Stände ein einiger glücklicher Stamm entsprießt.

Mitten in dem Flammenmeer wir, das deutsche Volk. Zerbrochen durch vier Jahre Krieg, lechzend nach Brot und Freude durch vier Jahre Hunger und Jammer, horchend begierig auf alles, was von besseren Zeiten und glücklicherem Leben singt. Und die Flammen singen von Menschheitsglück und gaukeln Verbrennen aller Fesseln vor, und die satten, behäbigen Bürger sitzen auf ihren Geldsäcken und halten durch niedrigste, anekelnde Mittel jeden Pfennig und jedes Gewaltrecht fest, daß Scham und Wut unsere Kräfte zur Gewalt reizen, und im Wesen versuchen steinerne Sieger uns den Rest unserer Kraft aus den Knochen zu saugen.

Die Flamme aber steht glänzend rot am Osthimmel und schleudert steil ihre lodenden Rufe zum Himmel. Ihr die Herren! Freiheit! Brot! Glück! Und unsere gereizten Sinne nehmen sie auf, unser hungriger Magen vernimmt das Wort Brot, unsere gemarterte Seele lauscht dem „Glück"! Ihr Führer dort oben, helft uns durchdenken, daß wir klar der Flamme Werk erkennen! Laßt uns zusammenstehen, sie löschen an unseren Grenzen und nicht unser Land erst verheeren, zur Asche brennen lassen, um es zu erneuern,

„hoch leckt die Lohe
himmelan!"

Nicht soll uns ihr Rauch und Licht betäuben. Durchdenken und rüstig schaffen wir, damit sie nichts Morsches findet, uns vertrauen und zielbewußt unsern Weg schreiten ihr oben, unsere Führer!

Die Ernährungslage.

Von amtlicher Seite werden über unsere künftige Ernährung u. a. folgende Mitteilungen gemacht:

Ende 1918 stellte es sich heraus, daß die vorhandenen und noch zu erfassenden Lebensmittel für das Wirtschaftsjahr 1918/19 nicht ausreichen würden. Durch den inzwischen eingetretenen Waffenstillstand hoffte man die Zufuhr aus neutralen Ländern so zu steigern, daß das vorhandene Defizit zum mindesten gedeckt werden könnte. Dieses würde auch unter allen Umständen gelingen, wenn Deutschland eine ruhige innerpolitische Entwicklung nehmen, wenn wieder gearbeitet würde und so die unbedingt notwendigen Tauschartikel geschaffen würden. Die Finanzlage des Reiches ist eine derartig verzweifelte, daß es ausgeschlossen ist, die notwendigen Ankäufe von Reichs wegen vorzunehmen. Es besteht daher in vollster Uebereinstimmung mit den neutralen Ländern der Plan, den freien Handel der großen Importhäuser sobald wie möglich wieder zuzulassen.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Lage sich für das Wirtschaftsjahr so gestaltet, daß bei größter Sparsamkeit ein Auskommen in den bisherigen Grenzen möglich ist, wenn die Lebensmittelversorgung der Entente weiter regelmäßig eintrifft, in Deutschland selber aber Eintauschwerte, in erster Linie also Kohlen, geschaffen werden. Es muß sich jeder darüber klar sein, daß entsprechend dem Sinken unserer Valuta die ausländischen Lebensmittel steigen, so ist der Speck in einer Woche von 10 Mk. pro Kilo auf über 12 Mk. gestiegen, die Valuta aber hält sich nur durch die Schaffung von Austauschwerten.

Verdoppelung der Lazarettgebührnisse.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Die Löhnungsverfügung des Kriegsministeriums vom 8. April gibt immer noch Anlaß zur Erregung. Gegenüber entstellenden Nachrichten wird darum nochmals betont, daß durch jene Verfügung die Geldgebührnisse der Lazarettkranken, die nicht Freiwilligenformationen angehören, auf das Doppelte erhöht worden sind, daß also gerade der als ungerecht umpfundene Unterschied zwischen den Lazarettgebührnissen der Freiwilligen und der Kranken des alten Heeres gemildert worden ist. Ferner ist durch diese Verfügung allen Unteroffizieren eine feste Tageszulage von drei Mark zugebilligt worden, während sie bisher nur für besondere Arbeitsleistungen Tagesarbeitszulagen von 3 und 4 Mark erhalten konnten. Es sind weitere Schritte eingeleitet, die darauf abzielen, denjenigen Unteroffizieren und Kapitulanten, die gerne in die Reichswehr übertreten wollen, aber aus dienstlichen Gründen bei den Abwicklungsstäben und -Stellen des alten Heeres bleiben müssen, die gleichen Gebührnisse wie den Reichswehrunteroffizieren zuzubilligen. Der Personenstand der Abwicklungsstellen wird dabei eine bestimmte Begrenzung erfahren. Das Wesentliche der Verfügung vom 8. April ist die Herabsetzung auf das Maß der Friedensgebührnisse für diejenigen Heeresangehörigen, deren Entlassung im Rahmen der Abrüstung längst erwünscht ist.

Um den Besuch ihrer Versammlungen zu heben, richten die Unabhängigen jetzt auf den Plakaten, die zur Ankündigung solcher Veranstaltungen dienen, besondere Einladungen an die Führer der alten Sozialdemokratie. Diese haben noch niemals Auseinandersetzungen mit Gegnern gescheut, aber sie handeln dabei nicht nach fremden Wünschen, sondern so, wie es das Interesse der Partei erfordert, zumal dann, wenn diese gerade selbst Versammlungen abhält.

Einstellung männlicher Handlungsgehilfen an Stelle von weiblichen. Um den verschiedenen Beschwerden über die Beschäftigung weiblicher Angestellter zu begegnen, teilt das Arbeitsamt folgendes mit: Das Frauenreferat des Arbeitsamtes ist mit der Regelung der Angelgenheit betraut und prüft auf das sorgfältigste und gewissenhafteste die Möglichkeiten der Einstellung männlicher Hilfskräfte an Stelle von weiblichen. In zahllosen Fällen ist es gelungen, Posten für Männer frei zu machen oder gar, trotz keineswegs ermutigender Geschäftslage, Neueinstellungen zu erreichen. Das sind aber die Fälle, über die nicht gesprochen wird, weil sie kaum bekannt werden, da sie keinen Anlaß zu Beschwerden geben. Und selbst, wenn sie bekannt sein würden, wären sie nur all zu schnell wieder vergessen. Der Schwierigkeiten, die sich den Neueinstellungen und dem Freimachen der Posten entgegenstellen, sind gar viele. Nicht zum mindesten liegen sie in der schlechten Geschäftslage, die sich in einer so auf Seefahrt und Handelsbeziehungen angewiesenen Stadt wie Lübeck besonders fühlbar macht. Nach der Verordnung des Demobilmachungskommissars kann auf Kündigung eingewirkt werden bei denjenigen Frauen, die nicht dringend erwerbsbedürftig sind. Dies ist ständig und nachdrücklich geschehen. Leider hat es Frauen in guter Lebenslage gegeben, bei denen es des größten Druckes bedurfte, um sie zum Weichen von ihrem Posten zu veranlassen. Bei Einzelnen wurde auf Innehaltung ihrer Kündigungsfrist bestanden, sodaß erst zum 1. April der Rücktritt ermöglicht werden konnte. Aber nicht nur mit schwierigen Arbeitgebern war zu verhandeln. Besonders bei den Gutgesinnten konnten nicht immer Entlassungen erzwungen werden. Es handelt sich da um die Betriebe, bei denen die Arbeitgeber trotz vollständiger Lahmlegung der Geschäfte bisher aus Anstandsgefühl von der Kündigung ihres Personals überhaupt abgesehen hatten, weil sie sich verpflichtet glaubten, langjährige Mitarbeiter während der Zeit der Flauheit zu halten. Selbstverständlich hat das Frauenreferat diese Angaben auf das sorgfältigste durch Einholung von Gutachten bei maßgebenden Stellen oder auch durch eigene Inaugenscheinnahme geprüft. Ein Druck des Arbeitsamtes in diesen Fällen würde nur eine Belastung der Erwerbslosenfürsorge zur Folge gehabt haben, ohne daß auch nur ein Posten für einen männlichen Angestellten geschaffen worden wäre. Der eine oder andere Arbeitgeber würde es sogar begrüßt haben, wenn ihm vom Arbeitsamt die Entlassung weiblicher Angestellter auferlegt worden wäre. Auf diese Weise hätte er sich der Angestellten, für die er nicht ausreichend zu tun hatte, entledigen können. Aber auch in den Fällen, wo die Geschäftslage gut und die eine oder andere Angestellte anscheinend als nicht erwerbsbedürftig angegeben wurde, stellte es sich heraus, daß Familienverhältnisse ganz besonderer Art einen Verdienst erforderlich machten. Wo das nicht der Fall war, hat das Frauenreferat stets auf Entlassung gedrungen und wird dies auch ferner tun. Das Frauenreferat ist jeder einzelnen Beschwerde, sofern der Beschwerdeführer sich nicht hinter Anonymität versteckte, und genaue Angaben machen konnte, nachgegangen. Es kann mit Ueberzeugung gesagt werden, daß alles geschieht, um gerechten Klagen abzuhelfen und das auch ferner nach dieser Richtung hin gründlich gearbeitet werden wird.

Zur Frage der Kündigung und Entlassung gewerblicher Arbeiter. Es herrscht vielfach Zweifel darüber, ob die in der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter in der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 4. Januar 1919 festgesetzten Kündigungsfristen auch für die Arbeiter gelten, welche als Kriegsteilnehmer nicht wieder eingestellt oder welche zur Zeit der Verordnung bei dem betreffenden Arbeitgeber nicht beschäftigt waren. Das Reichsdemobilmachungsamt hat zu dieser Frage am 12. Februar ds. Js. eine Bekanntmachung erlassen, welche folgenden Wortlaut hat: „Bei vielen Gewerbetreibenden und Handwerkern besteht, wie mir mitgeteilt wird, die Befürchtung, daß sie Angestellte und Arbeiter, welche sie jetzt zur Bewältigung vorliegender Aufträge einstellen könnten, nach Aufhören der Arbeit nicht wieder entlassen dürften, daß sie vielmehr gezwungen werden würden, diese Arbeitnehmer zu behalten. Aus diesem Grunde sollen trotz Vorliegens von Aufträgen keine Neueinstellungen erfolgen. Demgegenüber weise ich darauf hin, daß die Vorschriften über Zulässigkeit von Kündigungen und Kündigungsfristen in der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 4. Januar 1919 und in der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung von Angestellten vom 21. Januar 1919 sich nur auf die wiedereingestellten Kriegsteilnehmer und die bei dem Inkrafttreten dieser Verordnung in Stellung befindlichen Arbeitnehmer beziehen, nicht aber auf sonstige Angestellte und Arbeiter, die zu einem späteren Zeitpunkte eingestellt werden."

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck im Monat März 1919. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im März folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): Eheschließungen 106 (41), Geburten 119 (103), Sterbefälle 191 (187). Unter den Geborenen waren 23 oder 19,3 % (16 oder 15,5 %) unehelich. Das Alter der Gestorbenen betrug in 20 (16) Fällen unter 1 Jahr und in 50 (45) Fällen über 70 Jahre. Todesursache war 35 mal Tuberkulose, 18 mal Lungenschwindsucht, 15 mal Krankheiten der Kreislauforgane und 14mal Krebs. 5 Personen starben an Diphtherie. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 79 gemeldet. 64 mal Diphtherie (darunter 2 Soldaten), 11 mal Scharlach, 3 mal Typhus und 1 mal Masern. Gewaltsamen Todes endeten 4 und zwar 1 durch Selbstmord und 3 durch Verunglückung. Unter den Gestorbenen waren 13 Kriegsteilnehmer und 1 Kriegsgefangener.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat März beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 247 760,85 Mk., Vermögenssteuer 695,35 Mk., Grundsteuer 4 237,16 Mk., Veräußerungsabgabe 189 981,63 Mk., Wertzuwachssteuer 18 542,— Mk., Erbschaftssteuer, einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 11 433,90 Mk., Stempelabgabe 35 413,70 Mk., Schiffsabgaben 9325,16 Mk., zusammen 517 389,75 Mk. gegen 245 784,99 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 271 604,76 Mk. mehr. Vom 1. April 1918 bis Ende März 1919 gingen insgesamt ein 13 361 705,32 Mk. gegen 10 397 370,87 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Mehreinnahme betrug demnach 2 964 334,45 Mk. Von dieser Mehreinnahme entfallen auf die Einkommensteuer 1 998 089,55 Mk., auf die Veräußerungsabgabe für Grundstücke 516 857,46 Mk., auf die Wertzuwachssteuer 119 355 Mk., auf die Gewerbesteuer 207 401,27 Mk., auf die Erbschaftssteuer 212 166,45 Mk.

Vorträge der Oberschulbehörde. Die Oberschulbehörde wird im nächsten Vierteljahre im Verein mit der Technischen Gesellschaft eine Serie von Vorträgen technischer Art veranstalten, um den Anforderungen der Zeit, die gerade für Lübeck von größter Bedeutung sind und auf vermehrte Einsicht in technisch-wirtschaftliche Fragen dringen, zu entsprechen. Es werden hiesige erfahrene Mitglieder der technischen Berufskreise über ihnen naheliegende Gegenstände sprechen, z. B. über „Die Technik und die neue Zeit", „Die Eisentechnik und ihre Bedeutung für unser Volk", „Die Wasserwege als notwendige Ergänzung der Eisenbahn", „Die Technik im Seeflugwesen", „Die Entstehung und Entwicklung der Eisenbahnen", „Die Bedeutung des Ingenieurs für die Gütererzeugung". Alles Nähere ist aus den Inseraten und den Anschlägen zu ersehen. Die Vorträge werden so gehalten werden, das sie auch für Laien durchaus verständlich und interessant sind.

Achtet auf die Darlehensschwindler! In der jetzigen Zeit der Erwerbs- und Geldnot nimmt der Darlehensschwindel immer mehr überhand. Sein Hauptmerkmal besteht darin, daß die Schwindler ganz formularmäßig arbeiten. Sie erklären sich zunächst bereit, eventl. das Darlehen zu gewähren, verlangen aber im Voraus einen nach der Höhe der gewünschten Summe abgestuften Vorschuß, Prüfungsbetrag oder Informationsgebühr benannt. Ist dieser Betrag eingegangen, so wird von einer Auskunftei, die mit den Schwindlern Hand in Hand arbeitet, eine Auskunft eingeholt, die es ermöglicht, die Durchführung des Auftrages abzulehnen. Der Vorschuß aber verbleibt den Schwindlern. Auf ihn haben sie es nur abgesehen. Aus ihm ziehen sie ihren Hauptverdienst, anstatt, wie es der redliche Geldmann tut, aus den Zinsen. Der Darlehensschwindel hat seine Hochburg in jüngster Zeit vor allem in Hamburg. Also Vorsicht den unbekannten Geldgebern gegenüber, die in der vorgedachten Weise arbeiten. Einschlägige Wahrnehmungen wolle man der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck berichten, die auch sachlich Interessierten kostenlos mit Rat und Tat an Hand geht.

Hansa-Theater. Am Freitag, dem 25. April, haben die Solokräfte des Hansa-Theaters einen Ehrenabend, an welchem „Ein Walzertraum" zur Aufführung gelangt. Da die Mitwirkenden dem Publikum schon manche frohe Stunde bereitet haben und die Operette zu den besten ihrer Art zählt, so darf wohl auf ein ausverkauftes Haus gerechnet werden.

Ein Weinliebhaber. Angehalten wurde hier ein hiesiger Schlachtergeselle, der sich im Besitz von verschiedenen Weinsorten befand. Wie sich später herausstellte, ist der Wein aus einem Hause der Mühlenbrücke gestohlen. Der Schlachtergeselle, der im dringenden Verdacht steht, den Wein selber gestohlen zu haben, wurde festgenommen.

Fahrraddiebstähle. In der Nacht vom 21. zum 22. ds. Mts. wurde aus einem Hause des Molkenplatzes mittels Einbruches ein fast neues Fahrrad mit schwarzem Gestell und ebensolchen Felgen gestohlen. Dasselbe hatte gelbe Handgriffe und trug gute Gummibereifung. — Gestern, Dienstag, den 22. ds. Mts. ist von dem Hausflur eines Hauses in der Königstraße ein Fahrrad Marke „Opel" abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell und ebensolche Felgen. Beide Mäntel sind defekt.

Diebstähle. Mittels Einbruches sind in der Nacht zum 22. ds. Mts. aus einem Brotladen in der Schwönekenquerstraße 27 Brote und 6 volle Brotkartenblöcke gestohlen worden. — Festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Eutin, die einer anderen Arbeiterin sämtliche Lebensmittelausweise gestohlen hatte.

Wem gehört das Kind? Seitens der Polizeiverwaltung in Oldesloe wurde ein 4 bis 5 Jahre alter Knabe angehalten, der sich in dortiger Gegend obdachlos umhertrieb. Der Knabe, der nur plattdeutsch spricht und seinen Namen und Wohnort nicht nennen kann, ist mit blauem Mantel und roter Marinemütze bekleidet. Personen, die nähere Auskunft über die Zugehörigkeit des Knaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Hamburg. Die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei für das hamburgische Staatsgebiet beschloß in ihrer am Freitag abgehaltenen Versammlung, den Vorstand zu beauftragen, bei der Reichsregierung sofort die geeigneten Schritte zu unternehmen, um eine restlose Erfassung der vorhandenen Lebensmittel zu ermöglichen. Das Zurückhalten von Lebensmitteln durch Produzenten und Händler, die Ueberschreitung der Höchstpreise sowie auch das Fordern übermäßiger Preise seien als Landesverrat zu bestrafen. Betreffs Milderung der Wohnungsnot wurden die Bürgerschaftsvertreter beauftragt, für den Erlaß eines Notgesetzes zu sorgen, wonach alle großen, leerstehenden Wohnungen an kleine Wohnungsmieter zu Kleinwohnungspreisen abgegeben werden. Ferner soll der folgende Antrag gestellt werden: Die Gelder für die Unterstützung der Arbeitslosen, die der hamburgische Staat aufzubringen hat, sind auf dem Wege einmaliger oder mehrmaliger Sondersteuerumlagen aufzubringen, die bei einem Einkommen von 5000 Mk. mit 5 Mk. Steuer beginnen und dann je nach dem Einkommen progressiv steigen sollen.

Hamburg. Neue Unruhen und Plünderungen, bei denen es 7 Tote und 8 Schwerverwundete gab, fanden am Dienstag in Eimsbüttel und St. Pauli statt. Am Nobistor fuhr ein großes Auto mit weißer Flagge herum und teilte unter den Passanten Gewehre und Patronen aus. Einige hundert Bewaffnete durchzogen die Straßen von St. Pauli und beraubten die Passanten, die ihre Bargelder und Wertsachen herausgeben mußten. Andere Banden stürmten das Bekleidungsmagazin am Paulsplatz und das Pferdelazarett am Neuen Pferdemarkt. Sodann ging es zur Eimsbütteler Chaussee, wo man die Polizeiwache 15 stürmte, sich der Waffen bemächtigte und raubte, was irgendwie von Wert erschien. Sogar das Verbandzeug wurde von den Plünderern mitgenommen. Am Sandweg kam es zu einem Kampf zwischen den Plünderern und der Sicherheitswehr. Von einem aus einem Fenster abgefeuerten Schuß wurde ein Sicherheitssoldat getötet. Im Verlaufe der Kämpfe in Eimsbüttel wurde auch ein kleiner Schulknabe von einer Kugel getroffen und getötet. Zwei Haupträdelsführer der Plünderbande wurden ergriffen und festgehalten. Einen von ihnen, einen Holländer, hat man nach der Vernehmung wieder entlassen, während der andere Festgenommene, ein aus Braunschweig zugereister Mann, in Haft blieb. Auf St. Pauli wurden außer zahlreichen Verhaftungen wegen Straßenberaubungen auch sämtliche Personen, die Hetzreden hielten, in Haft abgeführt. Auch in anderen Stadtteilen nimmt die Unsicherheit zu. So wurden in Barmbeck mehrere durchfahrende Personenautos angehalten und die Insassen zur Hergabe der Barschaft und Wertsachen unter Bedrohung gezwungen. An der Finkenau rissen drei Männer in Marinekleidung den Boten der Norddeutschen Metallwarenfabrik vom Rad, traten ihm in den Leib und jagten mit dem Rad davon. Auch andere Rohheiten wurden gemeldet. So hat man einem Sanitäter, der einen angeschossenen Sicherheitswachmann verbinden wollte, Säure ins Gesicht gegossen.

Hamburg. Banditenstreiche sind auch Dienstag wieder unternommen worden. Unruhige Elemente hatten sich mehrerer Lastkraftwagen bemächtigt, mit denen sie am Dienstag nachmittag Streifzüge durch Eimsbüttel unternahmen. Die Besatzungen dieser Wagen waren es, die gegen die Polizeiwache Nr. 15 in der Margaretenstraße vorrückten und dort Demolierungen ausgeführt haben. Beim Sturm auf die Wache bekam ein Schulknabe, der die Zahl der umherstehenden Neugierigen vermehrte, einen Kopfschuß, der den baldigen Tod des Kindes zur Folge hatte. Am Sandweg in Eimsbüttel hat bei den tumultuarischen Vorgängen ein Sicherheitsmann das Leben lassen müssen. Auch er wurde von einer Kugel getroffen. Auf St. Pauli, wo am Dienstag plündernde Horden umherzogen, die von Sicherheitstruppen vertrieben werden mußten, wollte ein Sanitäter einem Verwundeten Hilfe leisten, woran er von Tumultuanten mit vorgehaltenem Revolver verhindert worden ist. Der Mann mußten den Verletzten seinem Schicksal überlassen. Eine beabsichtigte Erstürmung der Kaserne in der Bundesstraße ist nicht zur Ausführung gekommen, weil die Angreifer rechtzeitig erfahren hatten, daß ausreichende Schutzmaßregeln getroffen worden waren. Die Zugangsstraßen zur Kaserne sind für alle Fälle abgesperrt und mit Maschinengewehren besetzt worden. Auf St. Pauli gerieten am Dienstag nachmittag fünf Personen in Haft, weil sie aufhetzende Worte gegen die Sicherheitsmannschaften an die Menge richteten. Wie der „H. C." von zuständiger Stelle erfährt, hatten die Spartakisten bei der Schießerei am Sandweg sechs Tote und acht Schwerverwundete, die Sicherheitsmannschaften einen Toten und wenige Verwundete. — Nunmehr ist der Belagerungszustand über das hamburgische Städtegebiet verhängt worden. Der Befehl lautet: „Im Einvernehmen mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Magistraten der Städte Altona und Wandsbek wird hiermit der Belagerungszustand über Hamburg, Altona und Wandsbek verhängt. Die Hoffnung der Kommandantur Groß-Hamburg, ohne

---

Heute abend

Volks-Versammlung

im „Friedrichshof", Schwart. Allee.

Genosse Stelling wird über die politische Situation, Genosse Bromme über die kommenden Arbeiterratswahlen referieren.

Im Anschluß daran freie Aussprache für jedermann.

Erscheint zahlreich!

Verhängung des Belagerungszustandes auskommen zu können, ist durch die schamlose Unverfrorenheit organisierter Verbrecherbanden zuschanden gemacht worden. Die vollziehende Gewalt geht hiermit auf den Kommandanten von Groß-Hamburg über. Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten. Versammlungen in gedeckten Räumen sind 48 Stunden vorher anzumelden und bedürfen der Genehmigung des Kommandanten. Für Versammlungen am 23. und 24. April ist die Genehmigung telephonisch zu beantragen. Ansammlungen auf Straßen und Plätzen sind verboten. Polizeistunde: 8 Uhr. Rennen, Ringkämpfe und ähnliche Schauspiele sind verboten. In der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens darf sich niemand außerhalb der Wohnung aufhalten, ausgenommen die Personen des öffentlichen Sicherheitsdienstes und diejenigen, die einen Ausweis der Polizeibehörde oder der Kommandantur Groß-Hamburg bei sich führen. Den Anordnungen der Volkswehr- und Polizeimannschaften ist unbedingt Folge zu leisten. Zuwiderhandelnde werden sofort festgenommen. Volkswehr- und Polizeimannschaften erhalten hiermit strengsten Befehl, Personen, die mit Waffen in der Hand, beim Plündern oder im Kampfe mit Volkswehr- oder Polizeimannschaften betroffen werden, auf der Stelle zu erschießen. Wrede, Kommandantur-Soldatenrat. Lamdl Kommandant von Groß-Hamburg. Der Kommandant von Groß-Hamburg teilt ferner folgendes mit: Verantwortliche Führer der Volkswehr sind während der Dauer des Belagerungszustandes befugt, Privat-, Personen-, und Lastkraftwagen zu dringenden dienstlichen Fahrten zu requirieren. Die Besitzer der Wagen haben die Rechnungen mit Beleg der Kommandantur Groß-Hamburg einzureichen.

Hamburg. 560 Einbrüche während der Osterfeiertage. Eine Zusammenstellung der Einbrüche während der Ostertage ergab die Anmeldung von 560 Einbruchsdiebstählen. An größeren Einbrüchen wurden bisher gemeldet: ein Einbruchsdiebstahl bei einem Schneidermeister am Paulsplatze, wo Anzüge und Stoffe im Gesamtwert von 20 000 Mk. entwendet wurden; ferner Heitmannstraße 4, wo aus einem Schuhmacherbedarfsartikel- und Schuhwarengeschäft 60 Rollen Boxkalfleder, fertige Schäfte aus Roßboxkalf und Roßchevreaux, 4 Paar fertige Herrenschnürstiefel, Leder und Sohlenstücke im Gesamtwert von 13 000 Mark entwendet wurden und am Besenbinderhof 72, wo Einbrecher der Zigarettenfabrik Jenidze 33 000 Zigaretten stahlen. — Ein größerer Lebensmitteldiebstahl ist am Sandweg 30 ausgeführt worden. Dort hat man fünf Zentner Zucker, 275 Pfund Honig, 40 Pfund Butter und andere Lebensmittel entwendet. — Aufgefundenes Waffenlager. Spielende Kinder entdeckten unter der Brücke 6 beim St. Pauli-Fischmarkt ein verborgenes Waffenlager und teilten diese Wahrnehmung Sicherheitsmannschaften mit. Diese hoben das Waffenlager in aller Stille unauffällig aus. Man fand an 40 Gewehre, 2000 Patronen und eine Anzahl Handgranaten. Beim Abholen der versteckten Waffen, die sie natürlich nicht mehr vorfanden, wurden von den auf der Lauer liegenden Wachtmannschaften 7 Personen verhaftet.

Kiel. Wechsel in der Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung". Der leitende politische Redakteur der „Volkszeitung", Genosse Bernhard Rausch, scheidet aus der Redaktion aus und tritt als Referent in das Reichswehrministerium ein, wo es seine Aufgabe sein wird, Genossen Noske als Hilfskraft zur Seite zu stehen und den sozialistischen Einfluß im Reichswehrministerium zu verstärken. Ferner scheidet der langjährige Lokalredakteur des Blattes, Genosse Fröhlich, aus, der als Beigeordneter beim Landratsamt Meldorf ernannt ist.

Warin. Mörder seiner Frau und Schwiegereltern? Zum Morde in Pennewitt wird gemeldet: Unter dem dringenden Verdacht, seine Frau und seine Schwiegereltern ermordet zu haben, ist der Landwirt Wilbrandt am Sonnabend verhaftet und in das Landgerichtsgefängnis in Güstrow eingeliefert worden.

Bordesholm. Beim Einbruch erschossen. In Brügge bei Bordesholm nahmen der Arbeiter W. Lübke aus Kiel und ein junger Mensch, dessen Namen noch nicht ermittelt ist, beim Landmann Reimers eine ungebetene Revision im Hühnerstall vor. Der Einbruch erfolgte gegen 10½ Uhr abends. Die dort befindliche Ortssicherheitswehr wurde die Einbrecher gewahr, schlug Lärm, durch den noch weitere Bewohner hinzukamen, worauf die ungebetenen Gäste zu entfliehen suchten. Sie wurden angerufen zu stehen, worauf gleich auf die beiden Einbrecher geschossen wurde. Dabei wurde L. tödlich und sein Komplize durch eine Kugel im Unterleib getroffen. Der verletzte junge Mensch wurde nach Kiel in die Klinik gebracht.

Bremen. Der Streik, Boesmanns Telegraphen-Bureau meldet: Die Streiklage in Bremen hat sich im allgemeinen nicht verändert. Die Arbeiter versammelten sich an verschiedenen Stellen der Stadt, wurden aber durch Maßnahmen der Regierungsschutztruppen und der Stadtwehr daran verhindert, Demonstrationen irgendwelcher Art auszuführen. Sie hielten nachmittags auf preußischem Gebiet eine Versammlung ab und wurden bei ihrer Rückkehr nach der Stadt auf Waffen untersucht. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen, nur einige Zivilpersonen sind durch die Schüsse eines Arbeiters verwundet worden. Plünderungen oder Ausschreitungen fanden nicht statt. Die Truppen waren im Alarmzustande. Die militärischen Maßnahmen verfehlten ihre Wirkung auf die Ausständigen nicht. Der Abwehrstreik wird von seiten der Ordnungsparteien entschlossen weitergeführt.

Theater und Musik.

23. Volkstümliches Konzert im Neuen Stadttheater. Selten dürften zwei Probegastspiele so gegensätzlich verlaufen sein, als das gestrige zweite Probedirigieren und das erste in der vorigen Woche. Konnte man damals sein Urteil nur in die Meistersängerworte „scheint mir nicht der Rechte" zusammenfassen, so kann man diesmal nur mit derselben Entschiedenheit die Wahl des Bewerbers, vorausgesetzt, daß der dritte Mann nicht ganz Ungewöhnliches bringt, befürworten. Herr von Hößlin ist ein Musiker von eigenem Willen und Können, der jedem von ihm geleiteten Werke charakteristischen Ausdruck zu geben vermag. Fesselte in den großen Stücken des Abends, der siebenten Sinfonie von Beethoven und der „Tristan"-Musik von Wagner, eine großartige und großzügige Auffassung beider Meister so wirkte die Wiedergabe der „Faust"szenen von Berlioz durch markante Herausarbeitung der Motive, die Ouverture zu den „Lustigen Weibern" von Nicolai durch glückliche Kontrastierung der poetischen und grotesken Stellen, sowie die „Slavischen Tänze" von Dvorak durch straffe Rythmisierung. Nach allem diesem ist Herr von Hößlin ein Werdender, daß er noch kein Fertiger ist, bewies der Mangel an pastoser Breite in der Sinfonie und der reichliche Ueberschwang im „Tristan", von nicht gewöhnlichen Fähigkeiten, dem vor allem eine ausgesprochene persönliche Note, dieses Moment, auf das unser Publikum mit Recht besonderen Wert legt, zu eigen ist. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird Lübeck in ihm zum dritten Male einen zu künstlerischer Größe berufenen Dirigenten reifen sehen können. In diesem Sinne, als eine Fortsetzung der Aera eines Abendroth und Furtwaengler, kann die Verpflichtung des Künstlers für unser Musikleben in erfreulichem Sinne bedeutungsvoll werden.

St.

Neueste Nachrichten.

Vom Hamburger Mob.

Hamburg, 23. April. Die Reeperbahn und der Spielbudenplatz mit ihren vielen Nebenstraßen waren am Dienstag abend abermals der Schauplatz tumultuarischer Szenen. Große Horden Bewaffneter und Unbewaffneter zogen umher, um auf Plünderungen und Gewalttätigkeiten auszugehen. Als Sicherheitsmannschaften gegen die organisierten Banden vorgingen, gab es wiederum ein Feuergefecht, bei dem eine Frau durch Rückenschuß getötet wurde. Mehrere Radaubrüder, die aus den Hauseingängen auf die Patrouillen der Sicherheitsmannschaften schossen, wurden verwundet. Die Zahl der Getroffenen konnte nicht festgestellt werden, weil viele von ihren Genossen fortgeschleppt wurden.

Zum Bankbeamtenstreik.

Berlin, 23. April. Zur Wiedereröffnung der Bankinstitute wird mitgeteilt, daß außer dem Mitbestimmungsrecht eine wöchentliche Arbeitszeit von 35 Stunden für den einzelnen Beamten festgesetzt wurde. Die Streiktage werden nicht bezahlt.

Neuwahlen in Estland.

Berlin, 23. April. Bei den Wahlen zur estländischen Nationalversammlung wurden 120 Abgeordnete gewählt, und zwar: Sozialdemokraten 41, Arbeitspartei 30, Volkspartei 25, Bauernbund 8, Sozialrevolutionäre 7, Christliche Volkspartei 5, Deutsche 3, Russen 1.

Funde bei Eichhorn.

Braunschweig, 23. April. (Tel.-Union.) In der Wohnung des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn wurden bei einer Durchsuchung wertvolle Einrichtungsgegenstände aus dem Braunschweiger Schloß vorgefunden und beschlagnahmt.

Völlige Wiederaufnahme der Arbeit.

Bochum, 23. April. Die Belegschaft der bis zum Osterdienstag völlig im Streik befindlichen Zeche Hannover beschloß, die Arbeit am Mittwoch geschlossen wieder aufzunehmen. Damit ist der Streik im Bochumer Revier vollständig erloschen.

Kein Generalstreik in Stuttgart.

Stuttgart, 23. April. Der gestern angekündigte politische Generalstreik in Stuttgart, der wegen Entsendung württembergischer Truppen nach Bayern inszeniert werden sollte, ist nicht zur Ausführung gelangt. In sämtlichen Großbetrieben, auch bei Daimlerwerken, wird gearbeitet.

Offensive der Hallerschen Truppen.

Wien, 23. April. Nach einem Funkspruch aus Warschau trafen Truppen des Generals Haller ein. Die polnische Kavallerie nahm Wilna ein. Andere Truppen besetzten Nowogrudok und stürmten Baranowitschi. Die Bolschewisten fliehen panikartig.

Generalstreik in Siebenbürgen.

Budapest, 23. April. Nach Meldungen aus Klausenburg und anderen Städten Siebenbürgens ist die ganze Arbeiterschaft in Siebenbürgen in den Generalstreik getreten.

Generalstreik in Irland.

Rotterdam, 23. April. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, daß der Streik in Limmerick (Irland) schärfere Formen annimmt. Das Streikkomitee ist nach russischem Sowjet gebildet und hat die Verwaltung der Stadt in Händen, beaufsichtigt den Verkehr und regelt die Preise. Es gab auch Papiergeld von 1—10 Schilling aus. Die Sinnfeinorganisation geht Hand in Hand mit den irischen Arbeitern und wird den Streik über ganz Irland ausdehnen.

Wilson und der Völkerbund.

Washington, 23. April. Reuter berichtet, daß Wilson auf eine Anfrage über die Haltung gegenüber dem geplanten Verteidigungsbündnis zwischen England, Frankreich und Amerika erwiderte, er werde nichts unternehmen, was den Völkerbund gefährden könnte oder mit seinen Grundprinzipien im Widerspruch stehe.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für die Schule

Schulränzel für Knaben u. Mädchen
2.75 4.75 8.75 bis 47.00
Schulmappen in reicher Auswahl
1.75 2.25 4.50 bis 16.50
Wachstuchmappen .... 3.50 u. 2.75
Frühstücks-Taschen .... 2.75 u. 1.45
Frühstücks-Dosen .... 1.25 u. 95 ₰

Bücherhalter mit Lederriemen, Federkasten u. Lineal 95 ₰

Schul-Anzüge Jackenform, hochgeschlossen für das Alter von 6—9 Jahren
26.50 29.00 32.00 38.50
Knaben-Beinkleider aus blauem Melton und gemust. Stoffen für das Alter von 6—9 Jahren
7.25 9.75 11.50 14.75
Schul-Sweater in allen Größen
Schulschürzen
Knaben- u. Mädchen-Hüte sehr preiswert

Schiefertafeln mit und ohne Linien
48 ₰ 78 ₰ 95 ₰ 1.10 u. 1.25
Schul-Etuis ..... 1.75 75 ₰ 55 ₰
Zirkel-Kasten ..... 27.50 bis 75 ₰
Zeugnis-Mappen 2.00 1.45
Rechen-Maschinen 2.25 1.65
Nähkasten ..... 15.00 bis 1.65

Federkasten in grosser Auswahl
12 ₰ 25 ₰ 35 ₰ 60 ₰ bis 2.25

Schreibwaren

Schreibhefte Dtzd. 2.90 St. 25 ₰
Kladden ..... 75 ₰ 48 ₰ 30 ₰
Kolleghefte ..... 68 ₰
Notizbücher .. 38 ₰ 25 ₰ 15 ₰
Notizblocks ... 35 ₰ 25 ₰ 15 ₰
Löschblätter .. 10 Stück 8 ₰

Schwammdosen ... 75 ₰ 25 ₰
Griffel . 10 Stück im Karton 25 ₰
Federdosen ... 25 ₰ 15 ₰ 10 ₰
Federwischer .. 15 ₰ 10 ₰ 5 ₰
Bleistiftspitzer ... 35 ₰ 20 ₰
Radiergummi .. 20 ₰ 10 ₰ 8 ₰

Stahlfedern ... Dutzend 30 ₰
Federhalter . 25 ₰ 18 ₰ 10 ₰ 6 ₰
Bleistifte ... 18 ₰ 15 ₰ 10 ₰ 5 ₰
Zeichenkohle ... Karton 8 ₰
Zeichenkreide .. Stück 4 ₰
Knetgummi ..... 20 ₰ 12 ₰

Tuschkasten Feste Farben 1.20 75 ₰ 55 ₰
Tuschkasten .. Tuben 2.25 1.85
Tuschnäpfe ... 15 ₰ 8 ₰ 5 ₰
Pinsel ..... 15 ₰ 10 ₰ 8 ₰ 6 ₰
Pastellkreide Kart. 45 ₰ 25 ₰ 12 ₰
Pastellkreide 12 Stück im Kart 1.05

HOLSTENHAUS G. m. b. H. LÜBECK.

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Oeffentliche
Landarbeiterversammlung
am Sonntag, dem 27. April,
nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn R. Speezen
in Dorf Gleschendorf;
abends 7½ Uhr im Lokale des Herrn A. Gohl
in Pansdorf.

Tagesordnung: 1. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß. 2. Lohntarif. 3. Freie Aussprache.

Um zahlreiches Erscheinen auch der Arbeitgeber bittet
1227) Der Einberufer.

Unabh. Sozialdem. Partei.
Ortsgruppe Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 24. April,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
Maifeier. Arbeiterratswahlen. Verschiedenes.

Der außerordentlich wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. (1254
Der Vorstand.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Für den Schulanfang
empfehlen wir alle notwendigen Utensilien:
Schreibhefte, Tafeln, Griffeln, Federhalter, Schreibfedern, Bleistifte usw.
Außerdem in unserer
Spezialwarenabgabestelle Königstr. 111:
Ränzel, Schul- u. Frühstückstaschen, sowie sämtliche Schulbücher.
1260

Sanitäts-Verband
General-Versammlung
am Donnerstag, d. 24. April
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1919.
2. Innere Kassenangelegenheiten.

1241) Der Vorstand.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.
Vertrauensmänner-Versammlung
am Mittwoch, 23. April 1919
abends 7¼ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung:
Bericht von der Städtekonferenz in Berlin.

1249) Die Ortsverwaltung.

Zum Schul-Anfang

1 Posten **Schreibhefte** soweit Vorrat Stück 10 Pfg.

Schreibhefte Dutzend 2.90 Stück 25 Pfg.

Tafeln, Hartholz . Stück 1.20 1.10 95 Pfg.
Federkästen ..... 1.40 1.25 1.—
Schüler-Etuis .. 1.80 1.60 1.10 85 Pfg.
Schwammdosen ..... 45 35 Pfg.
Griffel ..... Dutzend 50 40 Pfg.
Bleistifte ... Dutzend 1.— 90 60 40 Pfg.

Radiergummi ..... 30 20 15 Pfg.
Federhalter ..... 10 8 5 Pfg.
Zeichenblocks ..... 75 45 30 Pfg.
Pastellkreide ..... 1.10 65 35 Pfg.
Oelkreide ..... 75 40 20 Pfg.
Ordnungsmappen 4.80 2.75 2.—

Kolleghefte ..... 1.25 90 60 40 Pfg.
Kladden ..... 1.60 1.— 75 45 Pfg.
Löschblatthefte ..... 45 40 Pfg.
Schul-Gesangbücher 1.50
Butterbrotpapier
100 Blatt 1.90 1.20 80 Pfg.

Reißzeuge • Farbkästen • Winkel • Kurven • Reißschienen.

Schulränzel für Knaben .. 26.— 22.50 14.— 10.50 5.25 2.95
Schulränzel für Mädchen . 16.50 13.50 10.— 6.75 4.25 2.95

Büchermappen in allen Größen . 5.75 5.— 4.25 2.75 2.45 2.25 1.95
Frühstückstaschen ..... 2.25 1.95 1.75 1.45 1.15 85 Pfg.

Rudolph Karstadt
Kom.-Ges.

Beilage zu Nr. 94.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 23. April 1919

Zum 1. Mai.

Genossinnen!

Zum ersten Male werden wir als freie Staatsbürgerinnen der deutschen Republik den 1. Mai begrüßen. In unseren Träumen sahen wir diesen Tag anders: als ein Siegesfest des Sozialismus, das Freude in Fülle über uns schüttete. Und nun wird es ein Festtag werden in Entbehrungen und bitterer Not; aber ein Festtag trotz alledem!

Die Feier des 1. Mai sollte dem heiligen Gedanken der Völkerfreiheit, der Völkereinheit und dem Völkerfrieden dienen. Der internationale Kapitalismus drückte durch den furchtbarsten aller Kriege das Ideal zu Boden; viele von uns glaubten in dumpfer Verzweiflung, an seinem Grabe zu stehen. Bis die Revolution es neu zum Leben rief! Sie gab dem deutschen Volke die Freiheit, sie öffnete den Weg zur Völkerverständigung und damit zum Weltfrieden. Sie ebnete auch den Weg zum Frieden in unserer Partei; einige Wochen durften wir glauben, daß nun der unselige Bruderzwist begraben sei. Doch dann lohte der Brand, neu geschürt, wieder auf. In der Zeit größter Not, in der wir im Interesse aller einiger sein sollten als je, tobt der unselige Bruderkampf.

Mußten wir durch diese Niederungen gehen, dann wollen wir jetzt wieder aufsteigen zu den reinen Höhen der Menschlichkeit. Und diesen Willen soll die Feier des 1. Mai 1919 zum Ausdruck bringen.

Darum rüstet in diesem Sinne zum 1. Mai.

Wir Frauen waren die Geknechtetsten; die revolutionäre Regierung hat uns frei gemacht. Wir Frauen und Mütter sind die Leidbeladensten; der Sozialismus soll uns und unsere Kinder zu Glücklichen auf Erden machen. Darum laßt uns den 1. Mai auch zu einem besonderen Frauentag gestalten; ein Bekenntnis der Frauen zum Sozialismus muß er werden. Unseren Kindern soll er eine bleibende Erinnerung bedeuten.

Darum werbt für unsere Feier des 1. Mai. Sorgt, daß unsere Schwestern in Massen mit uns bekennen: Wir wollen und müssen aufsteigen zu den Höhen reiner Menschlichkeit durch den Sozialismus!

*

Die Maifeier in Frankreich.

Nach dem „Temps" hat die Confederation Generale du Travail nunmehr grundsätzlich die Abhaltung einer Maifeier beschlossen. In Paris und seinem Departement werden in allen Bezirken syndikalistische Versammlungen abgehalten, in denen eine gleichlautende Tagesordnung zur Abstimmung kommt und u. a. die Forderung des Achtstundentages, gänzliche Amnestie für alle politischen Gefangenen, Nichtintervention in Rußland, Abschaffung der Zensur und des Belagerungszustandes und verfassungsmäßige Garantien und Freiheiten verlangt werden. Da die Confederation Generale du Travail nicht viel Zeit hat, in der Provinz Propaganda zu betreiben, gab sie die Abhaltung von Maifeiern in der Provinz auf, dagegen werden die Arbeiterverbände für das Transportwesen in ganz Frankreich feiern, jedoch nur soweit, als das öffentliche Leben nicht lahmgelegt wird.

*

Maifeier auch in Holland.

Die Verwaltung der sozialistischen Arbeiterpartei der offiziellen Mehrheitssozialisten in Holland haben beschlossen, daß alle dem Verband angehörenden Gewerkschaftsverbände am 1. Mai nicht arbeiten sollen, um auf diese Weise die Kraft des holländischen Proletariats zu beweisen.

Erste Konferenz der sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen.

Am Ostermontag begann unter Leitung von Heinrich Schulz die Tagung der ersten sozialdemokratischen Lehrerkonferenz, die vom Parteivorstand nach Berlin einberufen war. Erschienen waren Vertreter aus fast allen Gegenden Deutschlands. Unter den Konferenzteilnehmern waren 29 Volksschullehrer, 2 Volksschullehrerinnen, 6 Oberlehrer, 4 Mittelschullehrer, ein Seminarlehrer, ein Kunstgewerbelehrer, ein Handelsschullehrer und ein Universitätslehrer. Vom Parteivorstand waren anwesend Hermann Müller, Wels, Braun und Bartels. Kultusminister Konrad Haenisch hatte der Konferenz ein Begrüßungstelegramm gesandt.

Heinrich Schulz begrüßte die Erschienenen namens des Parteivorstandes und feierte die unbeschränkte politische Freiheit der Lehrer als Errungenschaft der Revolution. Nach Beruf und Herkunft gehören die Lehrer zu der aufstrebenden Arbeiterschaft. Früher seien infolge des behördlichen Drucks ihre geistigen Kräfte hauptsächlich dem bürgerlichen Liberalismus zugute gekommen, jetzt dürften sie sich frei dem Dienst der Partei widmen. Von der sozialistischen Pädagogik, deren große Vorläufer Pestalozzi gewesen sei, müsse die Brücke geschlagen werden zur sozialistischen Politik, deren wissenschaftlicher Begründer Karl Marx und deren feuriger Agitator August Bebel gewesen sei.

Ministerialdirektor Menzel begrüßte die Konferenz namens des preußischen Kultusministeriums und versicherte, daß dieses den größten Wert auf ein inniges Zusammenarbeiten mit den sozialdemokratischen Lehrern lege. Schon jetzt seien mehrere sozialdemokratische Lehrer als Mitarbeiter in die zentrale Unterrichtsverwaltung berufen worden. Da werde in Zukunft in noch größerem Umfange geschehen. Eine Reihe wichtiger Verfügungen im Sinne der Forderungen der sozialdemokratischen Lehrer seien in den letzten Wochen erlassen worden. Der Gesetzentwurf über die Beseitigung der geistlichen Ortsschulaufsicht liege fertig vor. Ein weiterer Gesetzentwurf über die Einführung der kollegialen Schulverwaltung stehe bevor. Das Kultusministerium werde möglichst wenig schematisieren und Spielraum lassen für die Freiheit und Selbständigkeit der Lehrenden.

Zur Verhandlung stehen folgende Beratungsgegenstände: die Stellung der sozialdemokratischen Lehrerorganisation zu den bestehenden Lehrervereinen; die sozialistischen Lehrer in der Schule; der sozialdemokratische Lehrer als Staatsbürger; Schaffung einer sozialdemokratischen Lehrerorganisation und Lehrerzeitung. Für die Verhandlungen sind zwei Tage vorgesehen.

Ueber ihr Ergebnis werden wir noch berichten.

Diktatur und Psychiatrie.

Von Medizinalrat Dr. G. Kolb, Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen.

In der Oeffentlichkeit ertönt in zunehmender Stärke der Ruf nach dem Psychiater. Ich will auf Grund meiner langjährigen Erfahrungen als Leiter öffentlicher Irrenanstalten kurz zusammenfassen und ergänzen, was ich im Dezember 1918 in Erlangen in einem öffentlichen Vortrage gesagt habe. Ein wirklich geisteskranker Mensch wird in der Regel auch vom Laien als krank erkannt werden. Zwischen geisteskrank und geistesgesund gibt es aber ebenso wie zwischen alt und jung, groß und klein, gut und böse, zahllose Zwischenstufen. Wir nennen solche Menschen, die nicht ausgesprochen geisteskrank, aber geistig nicht ganz normal sind, Grenzfälle oder Psychopathen. Hierher gehören die meisten Epileptiker, die verschiedenen Grade des Schwachsinns, der größte Teil der Menschen mit abweichenden (perversen) geschlechtlichen Neigungen, die Alkoholisten, ein großer Teil der Menschen, die früher Geisteskrankheiten überstanden haben, ein großer Teil der Hirnverletzten, ein Teil der Schädelbeschädigten, ein Teil der Nervösen, große Kreise der Hysterischen, einzelne ältere Leute mit Gefäßveränderungen im Gehirn und dann die große Zahl der minderwertig veranlagten Menschen: die jedem Einfluß sofort unterliegenden Haltlosen, die Stimmungsschwankenden, die Vielgeschäftigen, die Erregbaren, die über jede Kleinigkeit sofort ganz aus dem Häuschen geraten, die fanatischen Lügner und Schwindler, die Verbrechernaturen. Das alles sind Menschen, mit denen man stunden- und tagelang, in selteneren Fällen wochen- und monatelang beisammen sein kann, ohne daß dem Laien etwas Krankhaftes auffallen würde; im Gegenteil entfalten ganze Gruppen dieser Psychopathen vorübergehend, nicht ganz wenige Psychopathen dauernd glänzende Eigenschaften: Energie, Beredsamkeit, Gewandtheit, Schmiegsamkeit, rastlose Geschäftigkeit, Ueberzeugungskraft. Diese Psychopathen sind nicht geisteskrank, aber aus ihnen rekrutieren sich die Geisteskranken fast ausnahmslos, d. h. die Psychopathen sind in ganz unendlich höherem Grade wie geistesgesunde Menschen in Gefahr, in ausgesprochene Geisteskrankheiten zu verfallen. Wir modernen Psychiater lehnen es mit Nachdruck ab, grundsätzlich die Psychopathen in Irrenanstalten zu verwahren, solange sie eben nicht ausgesprochen geisteskrank sind, und ich persönlich habe Dutzenden die Tore der Anstalt geöffnet, weil Anstaltsbehandlung den Psychopathen vielfach nicht nützlich, auf die Dauer häufig schädlich ist und weil der Versuch einer längeren zwangsweisen Anstaltsverwahrung aus der Irrenanstalt, die ein Krankenhaus sein muß, ein großes Zuchthaus machen würde; die meisten dieser Entlassenen haben unter meiner und meiner Mitarbeiter Führung gelernt, sich als nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft einzufügen

Wir modernen Psychiater lehnen es mit Nachdruck ab, solchen Psychopathen im Falle strafbarer Handlungen den Makel der Unzurechnungsfähigkeit aufzuheften: im allgemeinen sind diese Psychopathen gesetzlich für ihr Handeln verantwortlich; die Zurechnungsfähigkeit kann aufgehoben sein, wenn mehrere ungünstige Momente zusammenkommen, z. B. Erregbarkeit, Rausch und Affekthandlung oder Haltlosigkeit, geistige Schwäche und Verführung oder Schwachsinn, Alkohol und sittliche Verfehlung.

Noch jede Umwälzung hat die Erscheinung gezeitigt, daß geistig nicht ganz normale Menschen den Versuch gemacht haben, den Ablauf des staatlichen Lebens zu beeinflussen; es erhebt sich die eminent wichtige Frage: Wie können geistig nicht normale Persönlichkeiten erkannt und wie kann die Allgemeinheit vor ihnen geschützt werden? Auf Grund eines kurzen Beisammenseins kann der Laie fast niemals, der Psychiater durchaus nicht in allen Fällen, selbst wenn dieses Beisammensein zu einer fachärztlichen Untersuchung ausgenützt würde, eine psychopathiche Persönlichkeit feststellen, zumal da Psychopathen sehr häufig Zustandsschwankungen zeigen, so daß sie zu gewissen Zeiten und in gewissen Perioden des Lebens fast ganz normalen Geisteszustand zeigen können. In allen Fällen, in denen es auf eine Prüfung des geistigen Zustandes ankommt, ist ein möglichst lückenloser Ueberblick über den ganzen Lebensgang notwendig. Auf dem Lande, in Kleinstädten, in Mittelstädten, wo ein Mensch den andern genau kennt oder wo man sich doch rasch Kenntnis des früheren Lebensganges verschaffen kann, werden Psychopathen nie eine Rolle im öffentlichen Leben längere Zeit hindurch spielen können, denn der gesunde Sinn des Volkes wird bald mit einem: „Der spinnt ja", den Psychopathen in die Grenzen zurückweisen, die seiner Betätigung gezogen sind. Das ist einer der Gründe, warum alle diese Psychopathen in die Großstadt strömen und dort können sie, dieses gegen die Verführungen der Großstadt fast ausnahmslos eine verminderte Widerstandsfähigkeit besitzen, unberechenbares Unheil stiften; während sie für sich allein gewöhnlich harmlos sind, werden sie leicht der Allgemeinheit gefährlich, wenn sie einen großen Kreis von Anhängern zu sammeln verstehen; diese Anhänger setzen sich zusammen zu einem Teile aus durchaus ehrlichen überzeugten und wackeren Menschen, die sehr oft an sich durchaus gesunde Ansichten und oft einen guten Blick für Mängel der bestehenden Verhältnisse besitzen, die aber entweder in Folge mangelnden Einblickes in die großen Zusammenhänge der Dinge oder aus persönlicher, zuweilen vielleicht ganz berechtigter Erbitterung oder auf Grund anderer etwas einseitiger Erlebnisse und Erfahrungen besonders empfänglich sind für die Lehren der Psychopathen; zu einem sehr großen Teile setzen sich die Anhänger zusammen aus anderen ebenfalls psychopathisch veranlagten Menschen, besonders aus der Gruppe der Haltlosen, die jeder Verführung zugänglich sind; zu einem nicht ganz kleinen Teile endlich pflegen sich die Anhänger zusammenzusetzen aus wirklich verbrecherischen Persönlichkeiten, die höhere sittliche Beweggründe vorschützen, um niedrige Instinkte zu befriedigen, um im Trüben zu fischen, um unter dem Schutze sittlicher Ideen zu stehen, zu plündern, zu rauben.

Jede Umwälzung ruft solche Psychopathen auf den Plan; eine Umwälzung, die sich unter so furchtbar schweren Verhältnissen vollzieht wie die jetzige, unter einer durch Hunger, Entbehrungen, Krankheiten, Aufregungen, schlechte Beispiele widerlichsten Egoismusses geschwächten Bevölkerung, muß mit Naturnotwendigkeit eine erhöhte Gefährdung durch Psychopathen bedingen. Schutz ist bis zu einem gewissen Grade möglich, wenn nach folgenden Grundsätzen verfahren wird: keine Persönlichkeit darf in eine wichtige Stelle gelangen oder darf die Verfügung über Waffen haben, deren Lebensgang nicht vollständig überblickt werden kann. Das muß besonders absolute Gültigkeit haben für Großstädte und für Personen unter 30 Jahren, da die psychopathischen Züge in der Entwicklungszeit und in der darauf folgenden Zeit der Geschlechtsreife fast stets am stärksten hervortreten; äußerste Vorsicht ist geboten gegenüber allen von auswärts zugezogenen Elementen; der alte Satz, daß der Prophet in seinem Vaterlande nichts gilt, hat eine innere, wissenschaftliche Berechtigung: die nähere Umgebung hat in der Regel einen scharfen Blick für die kleinen Schwächen derjenigen Menschen, die sich groß zu sein dünken, und für diejenigen unter den großen Menschen,

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

23. Fortsetzung.

— — Allmählich waren drei Jahre seit der Eindeichung hingegangen; das neue Werk hatte sich bewährt, die Reparaturkosten waren nur gering gewesen; im Kooge aber blühte jetzt fast überall der weiße Klee, und ging man über die geschützten Weiden, so trug der Sommerwind einem ganze Wolken süßen Dufts entgegen. Da war die Zeit gekommen, die bisher nur idealen Anteile in wirkliche zu verwandeln und allen Teilnehmern ihre bestimmten Stücke für immer eigentümlich zuzusetzen. Hauke war nicht müßig gewesen, vorher noch einige neue zu erwerben; Ole Peters hatte sich verbissen zurückgehalten; ihm gehörte nichts im neuen Kooge. Ohne Verdruß und Streit hatte auch so die Teilung nicht abgehen können; aber fertig war es gleichwohl geworden; auch dieser Tag lag hinter dem Deichgrafen.

Fortan lebte er einsam seinen Pflichten als Hofwirt wie als Deichgraf und denen, die ihm am nächsten angehörten; die alten Freunde waren nicht mehr in der Zeitlichkeit, neue zu erwerben war er nicht geeignet. Aber unter seinem Dach war Frieden, den das stille Kind nicht störte; es sprach wenig, das stete Fragen, was den aufgeweckten Kindern eigen ist, kam selten und meist so, daß dem Gefragten die Antwort darauf schwer wurde; aber ihr liebes einfältiges Gesichtlein trug fast immer den Ausdruck der Zufriedenheit. Zwei Spielkameraden hatte sie, die waren ihr genug: wenn sie über die Werfte wanderte, sprang das gerettete gelbe Hündlein stets um sie herum, und wenn der Hund sich zeigte, war auch klein Wienke nicht mehr fern. Der zweite Kamerad war eine Lachmöwe, und wie der Hund „Perle", so hieß die Möwe „Claus".

Claus war durch ein greises Menschenkind auf dem Hofe installiert worden; die achtzigjährige Trien' Jans hatte in ihrer Kate auf dem Außendeich sich nicht mehr durchbringen können; da hatte Frau Elke gemeint, die verlebte Dienstmagd ihres Großvaters könnte bei ihnen noch ein paar stille Abendstunden und eine gute Sterbekammer finden, und so halb mit Gewalt, war sie von ihr und Hauke nach dem Hofe geholt und in dem Nordwest-Stübchen der neuen Scheuer untergebracht worden, die der Deichgraf vor einigen Jahren neben dem Haupthause bei der Vergrößerung seiner Wirtschaft hatte bauen müssen; ein paar der Mägde hatte daneben ihre Kammer erhalten und konnten der Greisin nachts zur Hand gehen. Rings an den Wänden hatte sie ihr altes Hausgerät; eine Schatulle von Zuckerkistenholz, darüber zwei bunte Bilder vom verlorenen Sohn, ein längst zur Ruhe gestelltes Spinnrad und ein sehr sauberes Gardinenbrett, vor dem ein ungefüger, mit dem weißen Fell des weiland Angorakaters überzogener Schemel stand. Aber auch was Lebiges hatte sie noch um sich gehabt und mit hierher gebracht: das war die schöne Möwe Claus, die sich schon jahrelang zu ihr gehalten hatte und von ihr gefüttert worden war; freilich, wenn es Winter wurde, flog sie mit anderen Möwen südwärts und kam erst wieder, wenn am Strand der Wermut duftete.

Die Scheuer lag etwas tiefer an der Werfte; die Alte konnte von ihrem Fenster aus nicht über den Deich auf die See hinausblicken. „Du hast mich hier als wie gefangen, Deichgraf!" murrte sie eines Tages, als Hauke zu ihr eintrat, und wies mit ihrem verkrümmten Finger nach den Fennen hinaus, die sich dort unten breiteten. „Wo ist denn Jeversfand? Da über den roten oder über den schwarzen Ochsen hinaus?"

„Was will Sie denn mit Jeversfand?" fragte Hauke.

— „Ach was, Jeversfand!" brummte die Alte. „Aber ich will doch sehen, wo mein Junge mir derzeit ist zu Gott gegangen!"

— „Wenn Sie das sehen will," entgegnete Hauke, „so muß Sie sich oben unter dem Eschenbaum setzen, da sieht Sie das ganze Haf!"

„Ja," sagte die Alte; „ja, wenn ich deine jungen Beine hätte, Deichgraf!"

Dergleichen blieb lange der Dank für die Hilfe, die ihr die Deichgrafsleute angedeihen ließen; dann aber wurde es auf einmal anders. Der kleine Kindskopf Wienkes guckte eines Morgens durch die halbgeöffnete Tür zu ihr herein. „Na," rief die Alte, die mit den Händen ineinander auf ihrem Holzstuhl saß, „was hast du denn zu bestellen?"

Aber das Kind kam schweigend näher und sah sie mit ihren gleichgültigen Augen unablässig an.

„Bist du das Deichgrafskind?" fragte die Trien' Jans, und da das Kind wie nickend das Köpfchen senkte, fuhr sie fort: „So setz dich hier auf meinen Schemel! Ein Angorakater ist's gewesen — so groß! Aber dein Vater hat ihn totgeschlagen. Wenn er noch lebig wäre, so könnt'st du auf ihm reiten."

Wienke richtete stumm ihre Augen auf das weiße Fell; dann kniete sie nieder und begann es mit ihren kleinen Händen zu streicheln, wie Kinder es bei einer lebenden Katze oder einem Hunde zu machen pflegen. „Armer Kater!" sagte sie dann und fuhr wieder in ihren Liebkosungen fort.

„So," rief nach einer Weile die Alte, „jetzt ist es genug; und sitzen kannst du auch noch heut auf ihm; vielleicht hat dein Vater ihn auch nur um deshalb totgeschlagen!" Dann hob sie das Kind an beiden Armen in die Höhe und setzte es derb auf den Schemel nieder. Da es aber stumm und unbeweglich sitzen blieb und sie nur immer ansah, begann sie mit dem Kopf zu schütteln: „Du strafst ihn, Gott der Herr! Ja, ja, du strafst ihn!" murmelte sie, aber ein Erbarmen mit dem Kinde schien sie doch zu überkommen, ihre knöcherne Hand strich über das dürftige Haar desselben, und aus den Augen der Kleinen kam es, als ob ihr damit wohl geschehe.

Von nun an kam Wienke täglich zu der Alten in die Kammer; sie setzte sich bald von selbst auf den Angoraschemel, und Trien' Jans gab ihr kleine Fleisch- oder Brotstückchen in ihre Händchen, die sie allzeit in Vorrat hatte, und ließ sie diese auf den Fußboden werfen; dann kam mit Gekreisch und ausgespreizten Flügeln die Möwe aus irgend einem Winkel hervorgeschossen und machte sich darüber her. Erst erschrak das Kind und schrie auf vor dem großen, stürmenden Vogel; bald aber war es wie ein eingelernies Spiel, und wenn sie nur ihr Köpfchen durch den Türspalt steckte, schoß schon der Vogel auf sie zu und setzte sich ihr auf Kopf oder Schulter, bis die Alte ihr zu Hilfe kam und die Fütterung beginnen konnte. Trien' Jans, die es sonst nicht hatte leiden können, daß einer auch nur die Hand nach ihrem „Claus" ausstreckte, sah jetzt geduldig zu, wie das Kind allmählich ihr den Vogel völlig abgewann. Er ließ sich willig von ihr haschen; sie trug ihn umher und wickelte ihn in ihre Schürze, und wenn dann auf der Werfte etwa das gelbe Hündlein um sie herum und eifersüchtig gegen den Vogel aufsprang, dann rief sie wohl: „Nicht du, nicht du, Perle!" und hob mit ihren Aermchen die Möwe so hoch, daß diese, sich selbst befreiend, schreiend über die Werfte hinflog, und statt ihrer nun der Hund durch Schmeicheln und Springen den Platz auf ihren Armen zu erobern suchte.

Fielen zufällig Haukes oder Elkes Augen auf dieses wunderliche Vierblatt, das nur durch einen gleichen Mangel am selben Stengel festgehalten wurde, dann flog wohl ein zärtlicher Blick auf ihr Kind; hatten sie sich gewandt, so blieb nur noch ein Schmerz auf ihrem Antlitz, den jedes einsam mit sich von dannen trug; denn das erlösende Wort war zwischen ihnen noch nicht gesprochen worden. Da eines Sommervormittags, als Wienke mit der Alten und den beiden Tieren auf den großen Steinen vor der Scheuntür saß, gingen ihre beiden Eltern, der Deichgraf seinen Schimmel hinter sich, die Zügel über dem Arme, hier vorüber; er wollte auf den Deich hinaus und hatte das Pferd sich selber von der Fenne heraufgeholt; sein Weib hatte auf der Werfte sich an seinen Arm gehängt. Die Sonne schien warm hernieder; es war fast schwül, und mitunter kam ein Windstoß aus Süd-Süd-Ost. Dem Kinde mochte es auf dem Platze unbehaglich werden: „Wienke will mit!" rief sie, schüttelte die Möwe von ihrem Schoß und griff dann nach der Hand ihres Vaters.

„So komm!" sagte dieser.

— Frau Elke aber rief: „In dem Wind? Sie fliegt dir ja weg!"

Fortsetzung folgt.

die, neben großen und hervorragenden Eigenschaften Schwächen und Mängel zeigen; uns Psychiatern ist es eine alltägliche Erscheinung, daß großartig veranlagte Menschen solche psychopathischen Schwächen und Mängel zeigen, die sie trotz aller Genialität für das praktische Leben unbrauchbar oder doch nur bedingt brauchbar machen.

Ferner hätte bei jedem, der für ein wichtiges Amt oder für die Führung von Waffen in Betracht kommt, die Feststellung des Lebensganges zu erfolgen; dabei wären folgende Fragen zu berücksichtigen:

1. Besteht schwere erbliche Belastung in der Familie, d. h. sind bei den nächsten Blutsverwandten Fälle von ausgesprochener Geisteskrankheit, von Selbstmord oder von auffallender Veranlagung häufiger vorgekommen? Waren unter den nächsten Blutsverwandten Persönlichkeiten, die geistig als nicht ganz normal galten? — Psychopathen sind sehr häufig erblich belastet.

2. Wie hat der betreffende Mann in der Schule gelernt? Ist er in der Schule häufiger sitzengeblieben? Aus welchen Gründen? Wie lautete das Allgemeinurteil seiner Lehrer? — Zahlreiche Psychopathen fallen schon in der Schule als geistig nicht ganz normal auf.

3. Hat er die Schule, den Beruf, seine Stellung, seine Anschauung, die politische Partei öfters gewechselt? — Große Gruppen der Psychopathen zeigen Neigung zu solchem häufigen Wechsel.

4. Ist er wegen Sittlichkeitsverfehlungen, Affekthandlungen, Betrügereien, falschen Anschuldigungen vorbestraft? — Diese Verfehlungen werden von psychopathischen Persönlichkeiten besonders häufig begangen.

5. War er einmal in einer Irrenanstalt oder entmündigt oder stand er in Beobachtung wegen seines Geisteszustandes oder hatte er Anfälle?

6. Ist er oder war er dauernd oder zeitweise Trinker?

7. Hat er Syphilis durchgemacht? — Etwa ein Zwanzigstel der Syphilitiker erkrankt nämlich später an Gehirnerweichung (Paralyse); ein weiterer Bruchteil an Hirnsyphilis; die Paralyse ist in ihren Anfängen, die Hirnsyphilis bei günstigem Verlauf nur dem Fachmann erkennbar.

8. Gilt er nach Ansicht der Menschen, die ihm am nächsten stehen oder die jahrelang mit ihm zusammengelebt haben, als geistig vollwertige Persönlichkeit? Hat er es im Leben zu etwas gebracht?, nicht in dem Sinne, ob er sich Geld erworben hat, das tun oft auch moralisch sehr minderwertige und psychopathische Menschen, sondern in dem Sinne, ob es ihm gelungen ist, die Achtung und das Vertrauen der Personen seiner Umgebung sich zu erringen. Wir haben im Kriege so oft den furchtbar betrüblichen Fall erlebt, daß diejenigen Leute am lautesten „Hurra" riefen, die am wenigsten bereit waren, persönliche Opfer zu bringen, persönliche Gefahren auf sich zu nehmen, daß es meines Erachtens Pflicht ist, in der jetzigen Zeit jeden Mann, der eine wichtige Tätigkeit anstrebt oder für sie in Betracht gezogen wird, zu fragen: „Was hast du geopfert in diesem Kriege oder gehörst du zu denen, die den Krieg benützt haben, sich in der Etappe oder in der Heimat auf Kosten des kämpfenden und darbenden Volkes Wohlleben, persönliche Vorteile zu verschaffen oder gar eine zweifelhafte Rolle zu spielen?" Für solche eigenartige Kraftnaturen besteht wohl nirgends Verständnis.

Es ist selbstverständlich, daß diese Feststellungen nicht im Sinne einer polizeilichen Schnüffelei erfolgen dürfen, aber ich meine, jeder Mann, der für eine wichtige Tätigkeit in Betracht kommt, müßte veranlaßt werden, einen eingehend, alle diese Verhältnisse berücksichtigenden selbst verfaßten Lebenslauf vorzulegen und ich meine gerade die sozialdemokratische Partei mit ihren weit verzweigten und gut gegliederten Organisationen hätte jede Möglichkeit, auf vertraulichem und diskretem Wege feststellen zu lassen, ob und inwieweit die Angaben dieses Lebenslaufes zutreffend sind und ob die Persönlichkeiten, die den betreffenden Mann genau kennen, ihn für einen geistig vollkommen normalen Menschen halten. Der Mut zur Diktatur wurzelt vielleicht zuweilen darin, daß der Diktator ein ärztliches Zeugnis in der Tasche trägt, das ihm die geistige Unzurechnungsfähigkeit oder doch die erblich geminderte Zurechnungsfähigkeit bestätigt; es ist nicht anzunehmen, daß er dieses Zeugnis seinen Anhängern vorlesen wird, aber es ist durchaus menschlich, daß er es aus der Tasche ziehen wird, wenn das erbitterte Volk und die verführten Anhänger ihr zur Verantwortung ziehen wollen, sobald sie erkannt haben, daß er nur Verwirrung, Elend und Not über sie gebracht hat.

Das deutsche Volk, das bisher das Volk der Denker genannt wurde, hat ein Recht darauf, zu fordern, daß seine Geschicke nicht beeinflußt werden durch geistig nicht normale Menschen.

Ein weiterer Schritt zu diesem Ziele wäre, daß wir Irrenärzte von der ärztlichen Schweigepflicht gesetzlich entbunden werden, wenn wir sehen, daß Menschen, die in unseren Anstalten oder in unserer Untersuchung waren, zu wichtigen Funktionen gelangen, trotzdem wir wissen, daß sie diesen Funktionen dauernd oder zeitweise nicht gewachsen sein können.

Wir müssen endlich eine psychiatrische Stelle schaffen, die im Benehmen mit den wissenschaftlichen Autoritäten unseres Landes — und unser Land ist ja so glücklich, in Kraepelin-München den ersten Psychiater der Neuzeit zu besitzen — unsere führenden Regierungsstellen auch psychiatrisch berät hinsichtlich der Persönlichkeit, denen in großen Städten und in großen Mittelstädten öffentliche Befugnisse eingeräumt sind.

Eines der schwersten Bedenken, das wir Wissenschaftler gegen den monarchistischen Gedanken haben, soweit er nicht nur eine rein repräsentative Stellung vorsieht, war die Häufigkeit der Geistesstörungen und geistigen Anormalitäten in den durch Inzucht (Ineinanderheiraten) vielfach geschwächten regierenden Familien. Werden nicht energische Vorkehrungen getroffen, so ist die Gefahr, daß geistig anormale Personen in Deutschland einen beherrschenden Einfluß ausüben, unendlich größer und unendlich schlimmer, als sie in den Zeiten der Monarchie gewesen ist; besitzt die Sozialdemokratie nicht die Macht, diese geistig nicht vollwertigen Menschen wenigstens aus führenden Stellungen auszuschalten, so wird sie eine nie mehr gut zu machende Einbuße an Gewicht und Einfluß davontragen; ich selbst bin nicht Sozialdemokrat, aber ich halte eine mächtige und einflußreiche sozialdemokratische Minderheit für ein Gebot der Notwendigkeit zur Entwicklung eines wissenschaftlichen menschenfreundlichen, arbeitsfreudigen und gerechten Deutschlands.

Aus der Partei.

Ein Wechsel ist in der Redaktion der sozialdemokratischen Frauenzeitung „Die Gleichheit" eingetreten. Die Redaktionsführung ist dem Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Frau Clara Bohm-Schuch übertragen worden. Die bisherigen Redakteure Heinrich Schulz und Frau Marie Juchacz wollen sich vollständig der Organisierung des Bildungswesens und der Frauenbewegung in der Parteileitung widmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Tarifabschluß im Tiefbaugewerbe. Im Reichsarbeitsministerium haben unter Leitung des Regierungsrats Dr. Sitzler mehrtägige Verhandlungen über den Abschluß eines Reichstarifvertrages für das Tiefbaugewerbe stattgefunden, die zu einer Verständigung geführt haben. Der Reichstarifvertrag, der in ähnlicher Weise, wie der Hochbautarifvertrag, eine Ergänzung durch örtliche Arbeits- und Lohntarife vorsieht, bedarf noch der Zustimmung der beteiligten Verbände. Die Verhandlungen über die Arbeits- und Lohntarife sollen aber sofort beginnen, und die getroffenen Vereinbarungen sollen nach Abschluß in Kraft treten.

Soziales.

Ende des Bankstreiks. Der Verband der Berliner Bankleitungen teilte der Geschäftsstelle des Schlichtungsausschusses Groß-Berlins schriftlich mit, daß er sich dem Schiedsspruch unterwirft. — Der Ausstand der Berliner Banken hat gestern nachmittag sein Ende gefunden. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit erfolgte gestern nachmittag. In den Betrieben der Berliner Metallindustrie ist gestern vormittag fast überall die Arbeit wieder aufgenommen worden, da die Betriebsverwaltungen sich mit großer Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen haben.

Aus Nah und Fern.

36 Mark für 1 Liter Wasser. In den letzten Tagen erschien bei zahlreichen Wirten in Berlin ein Mann, der ein Angebot von Fünfliterkrügen, die guten alten Kognak enthalten sollen, zum Kauf anbietet. Er schenkt dem Wirt auch zur Probe aus jedem Krug ein Gläschen ein. Da die Kostprobe gut ausfällt, so kaufen die Wirte um so lieber, als der Händler nur den jetzt „mäßigen" Preis von 36 Mark für das Liter verlangt. Erst wenn sie ihren Gästen einschenken, erfahren die Käufer zu ihrer größten Ueberraschung, daß sie betrogen sind. Jetzt fließt statt des guten Kognaks, den das Probegläschen enthielt, nur klares Leitungswasser aus den großen Krügen. In diese hat der Schwindler eine Röhre mit Kognak so geschickt hineingebaut, daß im die Täuschung jedesmal gelingen muß. Nur die Röhre enthält den echten Kognak, der ganze Inhalt der Krüge besteht aus Wasser. Der Schwindler wurde vergangene Woche verhaftet, vom Untersuchungsrichter aber vorläufig wieder freigelassen. Er setzte sofort seinen einträglichen Handel wieder fort. Es ist bisher nicht gelungen, ihn zum zweitenmale festzunehmen.

Zusammenstoß mit oberschlesischen Plünderern. In Lipine kam es wegen Plünderungen von Lebensmittelmagazinen zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und einer Menschenmenge. Das Militär wurde mit Handgranaten empfangen. Sechs Soldaten sind tot. Ebenso hatte die Menge zahlreiche Tote und Verwundete.

Ein Scheusal. In Alvensleben wurde der 29jährige, ehemalige Schauspieler Lichtenburg verhaftet. Der Unmensch hat in Rodach ein Mädchen ermordet und eingestanden, die Leiche zerstückelt und 13 Pfund Fleisch an 3 Stellen verkauft zu haben; ein halbes Pfund habe er selbst roh verzehrt. — Der Mensch scheint irrsinnig zu sein.

Beschlagnahmter Magnaten-Besitz. Nach einer Budapester Meldung der „Frankf. Ztg." sind im Zalaer Komitat bei der gräflichen Familie Batthyanyi und mehreren Grundbesitzern Schmuck- und Silbergeräte sowie Wertpapiere und Bargeld im Gesamtwert von 75 Millionen Kronen beschlagnahmt worden. Die Suche nach Wertobjekten wird in allen Schlössern fortgesetzt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Unhaltbare Zustände sind für uns Arbeiter und sämtliche Spaziergänger vorhanden, die den Weg zu unserer Wohnung auf Cleverlandwehr und zur Arbeitsstätte in Lübeck machen müssen. Unser alter Feldweg ist von der Heimstätten-Gesellschaft parzelliert und von den Besitzern der Ländereien bestellt worden. Es sind dafür andere Streifen freigelassen, die im Zickzackkurs abgesteckt sind aber keine Wege vorstellen und alle auf eine nasse Wiese auslaufen, die aber ebenfalls verpachtet ist. Das Betreten derselben ist verboten. Wir wissen also nicht auf rechtlichem Wege unser Heim zu erreichen, ohne Unwillen bei den Pächtern zu erregen. Daher ersuchen wir die zuständigen Behörden, uns einen passierbaren rechtlichen Weg zu überweisen. Da diese Angelegenheit schon recht unliebsame Auftritte verursacht hat, ist Eile geboten. Die Arbeiter auf Cleverlandwehr.

Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 21. bis 27. April 1919 wird für erwachsene Personen 200 Gramm Büchsenfleisch, für Kinder unter sechs Jahren die Hälfte ausgegeben. Der Preis beträgt Mk. 4.30 für das Pfund.

Frischwurst gelangt nicht zur Ausgabe. Die auf Grund ärztlichen Attestes an Kranke zugeteilten Fleischmengen sind nur bei dem Schlachtermeister Wilhelm Nahli, Holstenstraße 3, zu entnehmen.

Lübeck, den 22. April 1919. (1262

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Die Frist zur Aufstellung und Einreichung der durch Bekanntmachung vom 19. April d. Js. geforderten Vermögensverzeichnisse wird bis zum 31. Mai 1919 verlängert.

Personen, deren Vermögen am 31. Dezember 1918 nicht mehr als Mk. 10 000 betrug, sind von der Aufstellung des Vermögensverzeichnisses befreit.

Lübeck, den 22. April 1919. (1240

Das Besitzsteueramt.

Lübecker Straßenbahn.

Infolge vollständiger Stockung in der Kohlenanlieferung treten ab 23. April ds. Js. folgende Fahrplanveränderungen ein:

Linie 1 und 2: Der Anhängewagenverkehr wird auf die Hauptverkehrszeit eingeschränkt.
Linie 3 und 4: Die Wagen verkehren nur alle 20 Minuten.
Linie 7 und 8: werden gänzlich eingestellt.
Linie 9: Die Wagen verkehren nur alle 20 Minuten.
Linie 11: Die Wagen verkehren nur zwischen dem Kohlmarkt und dem Bahnhofe.
Linie 12: Die Wagen verkehren nur zwischen dem Bahnhofe in Lübeck und dem Marktplatze in Schwartau. Abfahrt der letzten Wagen ab Bahnhof 8.45, 9.25, 10.15, 10.45.

Lübeck, den 22. April 1919. (1245

Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung.

Bekanntmachung

Nr. F. R. 570/3. 19 K. R. A.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292) und auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 12. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1304) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. E. 1100/5. 17 K. R. A., betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Braunstein vom 20. Juni 1917 tritt außer Kraft.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. April 1919 in Kraft.

Berlin, den 1. April 1919. (1263

Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung.
Im Auftrage:
Wolffhügel.

Hafengüterverkehr.

Wegen des durch den Bergarbeiterausstand verursachten Kohlenmangels können die Hafen- und Industriegleise in Lübeck in der laufenden Woche nur am 22., 24., 26., von der nächsten Woche ab bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs, Freitags bedient werden. Die an diesen Tagen gestellten Wagen bleiben standgeldfrei bis mittags 12 Uhr des folgenden Tages stehen. (1253

Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft.

Volkstümliche Lateinkurse.

Wiederbeginn: Montag, 28. April, 8 Uhr abends. Cäsarlektüre. Neuanmeldungen beim Direktor des Katharineums vom 23. April an (12—1 Uhr.)

1235) **Die Oberschulbehörde.**

Anny Mengel
Georg Domeyer
Verlobte.
Lübeck. Lehe.
Ostern 1919. (1244

Dora Wilcken
Erich Möller
Verlobte.
Lübeck. Ostern 1919. (1250

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes danken wir herzlich. (1229
Ed. Kriwinski und Frau nebst Sohn Willi.

Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, sowie die trostreichen Worte des Herrn Pastor Janesch danken herzlichst (1255
Elise Schütt Ww. und Kinder.

Gesucht zu sofort für einige Tagesstunden ein ordentliches Mädchen oder eine Frau.
1239) **Jürgens, Hüxstr. 95, I.**

Gesucht zum 1. oder 15. Mai ein ordentliches
Mädchen u. Tagesmädch.
bei gutem Gehalt.
1228) **Lilli Hermann, Pension „Waldhaus".**
Bad Schwartau, Schillerstr. 11.

Gesucht e. sauber., zuverlässiges
Morgenmädchen.
1247) Falkenwiese 18 I. r.

Die Nacktheit!

Kunstkarten. Jetzt für den Handel freigegeben. Sortiert 20 Stck. Mk. 3.50; 100 Stück Mk. 12.50 franko Nachnahme. Bei größeren Mengen erbitten Spezialofferte.
Müller & Winter, Abteilg. D. 2, Leipzig, Arndtstr. 66.
Ferner bieten an: 10 verschiedene Witzbücher, 2mal beschlagnahmt gewesen Mk. 3.60; 100 Stück Mk. 22.—, 500 Stück Mk. 100.—, 1000 Stück Mk. 190.— franko Nachnahme. (1234

Arbeiter
gesucht, der in Selter- und Brausefabrikation bewandert ist und selbständig arbeiten kann.
Angebote unter E G G an die Exped. d. Bl. (1252

Zwei Schuhmacher
bei dauernder Beschäftig. gesucht.
1243) **Sadowastr 32/34.**

Zum 1. Mai sucht alleinstehende Dame
kleine Wohnung,
2 Stuben u. Küche. Ang. u. K 56 an die Exp. (1231

Ein Beiglaken zu verkaufen. Frauenstiefel zu vertauschen
1252) Sadowastr. 11a, Hth., p l.

1 P. lange Gummistiefel zu verk.
1226) Blumenstraße 9, I.

1 Handtasche mit 40.— Mk. Inhalt verloren am 1. Ostertag im Gewerkschaftshaus. (1248
Willy Wimpel,
Hüxstraße 61 I.

Abzugeben gute Pflanzkartoffeln.
1263) Engelswisch 47, I.

Dr. med. Dornseifer
1242) **zurückgekehrt.**

Moderne Speisezimmer
dunkel eichen gebeizt, bestehend aus Büfett, Kredenz, Tisch, Stühle und Chaiselongue, ungebraucht preiswert.
1261) **Wahmstraße 68.**

Glasscheiben
aller Art off.
C. Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2808 1218

Prima-Wechsel
in Block.
Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung.

Unabh. Soziald. Partei.
Travemünde.

Oeffentliche
Versammlung
am Donnerstag, dem 24. April
abends 7½ Uhr
im Kolosseum.

Tagesordnung:
Die Arbeiterräte und die Politik der regierenden Parteien.
Referent: Gen. Lotar Popp-Kiel.
Freie Aussprache. (1253

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Ortsgruppe Lübeck.

Freitag, den 25. April abends 7 Uhr
bei Herrn Lender
(Schwarze Dohle), Hundestr.:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlg.

Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung.
2. Wahl eines Wahlkomitees.
3. Maifeier.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
1251) **Der Vorstand.**
Mitgliedsbücher legitimieren.

Restaurant Schlesierheim
Schmiedestrasse 3
G. Lachmann :: Gemütlicher Aufenthalt f. Skatspieler. (1237

Luisenlust
Mittwoch, 23. April 1919:
Großer Ball
Anfang 6 Uhr. (1230
Der Fest-Ausschuß.

HANSA THEATER
Donnerstag, abends 7.15 Uhr:
Zum letzten Male!
Die Czardasfürstin.
Freitag: Ein Walzertraum.
Sonnabend: Ein Walzertraum

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19. 1246
Mittwoch, den 23. April:
25. Vorst. im Mittw.-Abonn.
Der Schrittmacher.
Lustspiel in 3 Akten von L. Overweg.
Freitag, den 25. April:
Der Wasserträger
Oper in 3 Akten von L. Cherubini.
24. Vorst. im Freitag-Abonn.
Sonnabend, den 26. April:
Doppel-Gastspiel v. Friedrich Hedding und Elly Grube vom Staatstheater in Oldenburg, auf Verpflichtung:
Die Rose von Stambul.
Sonntag, den 27. April, Anfang 3 Uhr:
Sherlock Holmes.
Abends 7 Uhr:
Tannhäuser.